Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Alfringhaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198

Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Drahtanschrift: Sopadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.
Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsersten, wenn nichts anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 2. Dezember 1930

Int. Instituut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Währungskrise in Russland.

SPD. Im August musste die Sowjetregierung durch den Mund ihres Finanzkommissars Brjuchanow bereits zugeben, dass das Vertrauen der Bevölkerung zur Sowjet-Währung erschüttert ist. Man bemühte sich indessen, dieses Misstrauen als nur auf eine geringfügige Schicht beschränkt darzustellen. "Einige unwissende Elemente in Stadt und Land", so schrieb damals Brjuchanow, "ignorieren das Papiergeld und verlangen, dass ihnen für ihre Produkte ausschliesslich Silbergeld gezahlt wird." Demgegenüber versicherte Brjuchanow, dass "die Geldwirtschaft des Sowjetstaates auf der Basis des festen Rubels und der weiteren Festigung der Kaufkraft des Tscherwonetz aufgebaut ist." Im übrigen verlangte er, dass "mit der ganzen Strenge der revolutionären Gesetze gegen jene Elemente vorgegangen wird, die die erwähnten konterrevolutionären Gerüchte ausstreuen, sowie gegen diejenigen, die das Silbergeld hamstern oder mit diesem spekulieren."

Die Behörden säumten nicht, dieses Rezept auszuführen. Man veranstaltete in verschiedenen Städten der Union Razzien, man verhaftete jene, bei denen Silbergeld vorgefunden wurde, und erschoss einen Teil ohne Aburteilung durch die Gerichte. Dass alle diese Massnahmen nicht fruchteten, erhellt am besten daraus, dass kürzlich der dienstbeflissene Brjuchanow selbst als Opfer der Währungskrise fiel, die er nicht aufzuhalten vermochte, und durch einen neuen Finanzkommissar, Grinko, ersetzt wurde.

Diese Tatsachen zeigen, dass der Grund der Krise sich tiefer verbirgt. Er besteht zunächst einmal in dem sich geradezu übersteigenden Tempo der Emissionen des Papiergeld im Laufe der letzten Zeit. Der Umlauf der Staatskassenscheine betrug am 1.9.29: 1 021,7 Mill.Rubel, am 1.4.30: 1 133,4 Mill. Rubel, am 1.7.30: 1 372,1 Mill.Rubel, am 1.9.30: 1 780,8 Mill.Rubel. Das bedeutet, dass in den sieben Monaten vom 1.9.29 bis 1.4.30 die Emission 111,7 Mill.Rubel, in den drei Monaten vom 1.4.30 bis 1.7.30 aber 238,7 Mill.Rubel und in den zwei Monaten vom 1.7.30 bis 1.9.30: 408,7 Mill.Rubel betrug! Wie man sieht: eine fortschreitende Inflation.

Nun mag Brjuchanow, als er vom "festen Rubel" sprach, an jene eigenartig-schlaue Einrichtung des sowjetischen Geldwesens gedacht haben, die eben in seiner Doppelheit: dem Tscherwonetz und dem Staatskassenschein besteht. Die Deckung des Tscherwonetz darf allerdings nach dem Gesetze nicht angetastet werden; dafür aber werden Staatskassenscheine ungedeckt emittiert. Der Umlauf dieser Scheine sollte nach den ursprünglichen Bestimmungen 50 % des Umlaufs der Tscherwonzen nicht übersteigen. Trotzdem wurde am 1.August 1928 die "Höchstgrenze" von der Regierung auf 75 % erhöht. Tatsächlich aber erreichte der Umlauf der Staatskassenscheine am 1.September d.J. schon fast 82 % (81,7 %) des Tscherwonzenumlaufs! Neuerdings wurde sogar ein Gesetzentwurf ausgearbeitet, der die Erhöhung jener Grenze auf 100 % des Tscherwonzenumlaufs vorsieht.

Durch die geschilderte Vermehrung des Papiergelds musste an sich schon,

im Gegensatz zu den Versprechungen Brjuchanows, eine Entwertung des Geldes und seiner Kaufkraft eintreten. Diese Folge wurde aber auch von einer anderen Seite durch Faktoren erhöht, die im Charakter der sowjetischen Produktion liegen. Auf dem Gebiete der Agrarproduktion trat durch die gewaltsame Bodenkollektivierung eine Verknappung und ungeheure Verteuerung der Lebensmittel ein. Auf dem Gebiete der industriellen Produktion aber ist, im Zusammenhang mit der Forcierung des Fünfjahrsplans, eine Bevorzugung der Schwerindustrie gegenüber der verarbeitenden Industrie zu verzeichnen, was eine Verknappung der elementarsten Konsumartikel (wie Schuhwerk, Seife, Rasierklingen usw.) und Warenhunger zur Folge hat.

Nun versuchte zwar die Sowjetregierung durch eine Reihe von Massnahmen den Geldumlauf einzuschränken, wie Auszahlung eines Teils der Löhne in natura, Entrichtung der landwirtschaftlichen Einheitssteuer gleichfalls in natura, Abführung der Zahlungen der Staatsindustrie an den Fiskus nicht in Geld, sondern durch buchmässige Verrechnungen usw.. Diese Massnahmen gaben einigen Sowjet-Wirtschaftlern und übereifrigen Korrespondenten europäischer Blätter den Gedanken ein, der schon vor 10 Jahren im Kopfe Bucharins spukte, dass nämlich im Lande der Sowjets das Geld überhaupt abgeschafft werden könne! Dieser Gedanke erwies sich diesmal aber ebenso als Hirngespinst wie damals, und zwar schon infolge des erwähnten Umstandes, dass die Sowjetindustrie nicht imstande ist, von sich aus das Konsumbedürfnis des Volkes zu befriedigen, und gezwungen ist ein Ventil durch die Duldung des freien Marktes zu schaffen, obwohl dieser dieser dem orthodoxen Kommunisten ein Dorn im Auge ist.

Angesichts dieses ganzen unhaltbaren Zustandes will die Sowjetregierung einen neuen Kurs einschlagen, und dieser heisst: Verzicht auf weitere Emissionen. Man wird diese neue Losung nur mit der grössten Skepsis aufnehmen müssen. Solange namentlich der industrielle Teil des Fünfjahrplanes aufrechterhalten wird, bleiben immer neue Investitionen notwendig. Der Verzicht auf Emissionen bedeutet, wenn er wahrgemacht werden soll, tatsächlich den Verzicht auf den Fünfjahrsplan, d.h. die Absägung jenes Astes, auf dem Stalin zu seiner heutigen schwindelerregenden Höhe emporgeklettert ist. So sind diese wirtschaftlichen Dinge in Russland unlöslich mit der hohen Politik der Sowjets verknüpft und bilden mit dieser zusammen einen sich immer mehr verschlingenden gordischen Knoten.

SPD. Dresden, 2.Dezember (Eig.Drahtb.)

Das sächsische Gesamtministerium hat beschlossen, gegen den Ministerialrat Dr. Maier vom Arbeits- und Wohlfahrtsministerium und gegen den Regierungsrat Dr. Böhme, früher beim Innenministerium, Disziplinarverfahren mit dem Ziele der Dienstentlassung eröffnen zu lassen. Die beiden Beamten waren in der Verwaltung der sächsischen Wohlfahrtshilfe beschäftigt, die bei der Kreditgewährung an einen Fabrikanten Seidemann grosse Verluste erlitten hat. Die Schuld daran wurde Maier und Böhme zugemessen. Ein Untersuchungsausschuss des alten Landtags hatte seine Arbeiten infolge der Auflösung des Parlaments nicht zu Ende führen können, jedoch festgestellt, dass die beiden Beamten sich irgendwelcher krimineller Vergehen nicht schuldig gemacht haben.

SPD. Der Haushaltsausschuss des Reichstags lehnte am Dienstag mit 19 gegen 16 Stimmen die Aufhebung der Juli-Notverordnung ab.

SPD. Wien, 2.Dezember (Eig.Drahtb.)

Der Nationalrat trat am Dienstag nachmittag um ½4 Uhr zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Die Sozialdemokraten waren mit roten Nelken im Knopfloch erschienen, die Grossdeutschen mit Kornblumen. Die Abgeordneten des Heimatblocks marschierten in der Uniform der Heimwehr in den Saal ein.

Ueber die Besetzung des Präsidiums, für das der sozialdemokratische Abg. Elders und der christlich-soziale Abg. Ramek kandidieren, ist in der Obmännerkonferenz des Parlaments bisher eine Einigung nicht erzielt worden. Die Grossdeutschen beantragten deshalb die Vertagung der Sitzung auf Donnerstag, die gegen die Christlich-Sozialen mit den Stimmen der Sozialdemokraten und des Schoberblocks beschlossen wurde.

SPD. Sofia, 2.Dezember (Eig.Drahtb.)

Am Dienstag nachmittag wurde der bekannte Publizist und mazedonische Führer Naum Tomalewski ermordet. Tomalewski, der Nachfolger des vor zwei Jahren ermordeten Generals Protogerow, hatte gegen die Terroristengruppe um Iwan Michailow seit Monaten eine heftige Fehde geführt.

Als der Mord begangen war, entstand zwischen den beiden Mördern, die mit Karabinern bewaffnet waren, und dem Leibwächter des Ermordeten sowie den herbeigeeilten Polizisten eine regelrechte Strassenschlacht, in deren Verlauf der Leibwächter schwer und einer der Mörder leicht verwundet wurden. Nach längerem Widerstand konnten die Attentäter überwältigt werden. Sie waren von dem Terroristenführer Michailow zu der Mordtat gedungen worden. An der Leiche Tomalewskis brachen dessen Freunde und eine grosse Menschenmenge in empörende Rufe gegen die Regierung Liaptschew aus, die die Mordtaten der Michailowisten ungestraft lasse.

SPD. Der Reichskanzler hatte am Dienstag-Nachmittag mit dem Reichsjustizminister Dr. Bredt über dessen Rücktrittsgesuch eine Besprechung. Der Ausgang der Besprechung war der, dass das Rücktrittsgesuch auch jetzt dem Reichspräsidenten noch nicht zur Entscheidung unterbreitet wird. Dr. Bredt wird zunächst seine Dienste wieder aufnehmen. Eine Entscheidung über sein Rücktrittsgesuch dürfte voraussichtlich in etwa 14 Tagen fallen.

SPD. Bukarest, 2.Dezember (Eig.Drahtb.)

Am Dienstag wurde in dem Simplon-Express unmittelbar nach der Ueberfahrt des Zuges auf rumänisches Gebiet auf die Passagiere eines Einzelabteils erster Klasse von zwei maskierten Banditen, die mit Revolvern bewaffnet waren, ein Ueberfall verübt. Die Banditen raubten Juwelen und 200 000 Bargeld, konnten jedoch, nachdem der Zug durch Ziehen der Notbremse zum Halten gebracht worden war, verhaftet werden. Es sind internationale, in Ungarn gebürtige, Expresszugdiebe.

SPD. Am Dienstag tagte in Berlin der Parteiausschuss der Sozialdemokratie. Zu Beginn der Sitzung gedachte der Parteivorsitzende Otto Wels in warmen Worten des vorstorbenen Abgeordneten des preussischen Landtags Adolph Hoffmann. Dann beschäftigte sich der Parteiausschuss nach einem ausführlichen Referat des Abg. Wels in längerer Debatte mit der Jungsozialistischen Bewegung. Allgemein wurde darüber Klage geführt, dass die Jungsozialistische Bewegung in Bahnen geleitet wird, die der Sozialdemokratischen Partei nicht förderlich sind.

Als Gutachten empfahl der Parteiausschuss dem Parteivorstand folgenden Beschluss :

"Der Parteiausschuss billigt den Beschluss der Berliner Bezirksleitung auf Auflösung der Berliner Ortsgruppe der Jungsozialistischen Vereinigung.

Da die Jungsozialistische Bewegung in ihrer heutigen Form den Anforderungen einer gesteigerten Werbearbeit unter der jungen Parteigenossenschaft nicht entspricht, wird der Parteivorstand ersucht, eine Reorganisation dieser Bewegung vorzubereiten, die die Möglichkeit schafft, die Werbungs- und Schlungsarbeit der jungen Parteigenossen auf breiterer Grundlage durchzuführen und eine engere Verbindung zwischen dieser Arbeit und der allgemeinen Tätigkeit der Partei herzustellen. Dadurch soll der berechtigte Aktivitätsdrang der Jugend in einer der Gesamtbewegung nützlichen Weise ausgewertet und die innere Geschlossenheit und Schlagkraft der Partei gesteigert werden."

Die Stellung der Partei zum Reichsbanner wurde ebenfalls eingehend besprochen und entsprechend der Stellung des Parteivorstandes einstimmig gebilligt.

Anschliessend erstatteten Hermann Müller-Franken, Dr. Hertz und Aufhäuser eingehend Bericht über die parlamentarisch-politische Situation.

SPD. Wilhelmshaven, 2.Dez. (Eig.Drahtb)

In der oldenburgischen Stadt Varel hat die Polizei ein grosses kommunistisches Spitzbubennest ausgehoben. Nachdem bereits vor mehreren Tagen 4 der kommunistischen Einbrecher festgenommen wurden, sind jetzt drei weitere Komplizen dieser Spitzbuben, darunter eine Frau, verhaftet worden. Sämtliche Spitzbuben sind eingeschriebene Mitglieder der KPD., denen bisher nicht weniger als 22 Einbrüche in der Stadt Varel, auf Bauernhöfe, in Gastwirtschaften und Molkereien der Umgebung von Varel nachgewiesen werden konnten.

Zentnerweise haben die Moskowiten Speckseiten, Mehl, Butter, Kolonialwaren, Spirituosen usw. gestohlen. Ausserdem verübten sie einen Einbruch in das Amtsgericht Varel, wo sie 4 Schreibmaschinen und mehrere Gewehre mitgehen hiessen. Zahlreiche Gewehre und Munition wurden auch aus den Schiessständen verschiedener Schützenvereine gestohlen. Die Gewehre versteckte man, indem man sie unter Kleiderschränken und Tischen festnagelte. Die Schreibmaschinen sollten im Interesse der Kommunistischen Partei Verwendung finden.

Neuerdings erscheint einer der Kommunisten, ein gewisser Hoffmann, stark eines Mordes verdächtig. In seiner Wohnung fand man die blutbefleckte und durchschossene Mütze eines polnischen Grenzaufsehers. Die Polizei ist zunächst dabei festzustellen, ob dieser Hoffmann sich nicht unter falschem Namen in Varel aufgehalten hat. Die 4 zuerst verhafteten Kommunisten gehörten zu den Leuten, die bei den letzten Wahlen von ihrer Partei eigens dazu eingesetzt waren, sozialdemokratische Versammlungen zu stören.

SPD. Am 2.Dezember fand im Preussischen Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung eine Konferenz der Rektoren und Prorektoren der preussischen Hochschulen statt. Staatsminister Grimme eröffnete die Konferenz mit einer Ansprache, in der er zu den letzten Vorkommnissen an einigen Hochschulen Stellung nahm.

Der Minister führte aus, dass er zu den Besprechungen nicht eingeladen haben würde, wenn es sich nur um ein paar Entgleisungen jugendlicher Menschen gehandelt hätte; er habe volles Verständnis dafür, dass Jugend auch einmal über die Stränge schlage. Es wäre auch noch kein genügender Anlass für eine derartige Aussprache, wenn nichts weiter vorläge als ein Hinüberwirken allge-

mein politischer und wirtschaftlicher Beunruhigung in die Hochschulen hinein; derartige Zusammenhänge seien selbstverständlich vorhanden und auch früher vorhanden gewesen. Man könne volles Verständnis für die seelische Lage der Studierenden und ihre Vorbedingungen haben, wie die Regierung es gewiss habe und der Ministerpräsident ihm noch kürzlich Ausdruck gegeben habe. Ausschreitungen, wie sie im Anfang dieses Semesters mehrfach vorgekommen seien, könnten aber keinesfalls geduldet und ihre Wiederholung müsste unbedingt verhindert werden. Der Minister fuhr fort: "Wenn Gruppen von Studenten Hochschullehrer um ihrer politischen und weltanschaulichen Gesinnung willen in der wüstesten Weise beschimpfen, wenn Männer, die ein ganzes langes Gelehrtenleben mit ungebeugtem Mut der Idee geopfert haben, um ihrer Gesinnung willen beschimpft werden und der Gefahr ausgesetzt sind, tätlich angegriffen zu werden, wenn die Antrittsvorlesung eines Professors um deswillen gestört wird, weil unter seinem Rektorat einem hochverdienten, von mir persönlich wie von weiten Kreisen politisch Andersdenkender verehrten Staatsmann der Ehrendoktor verliehen ist; wenn versucht wird, mit Gewalt Kundgebungen der Staatstreue, der Treue zur Republik, zu verhindern, wenn durch Zusammenrottungen und Bedrohungen auf Beschluss eines Senats Einfluss zu nehmen versucht wird, dann muss bei allem Verständnis für die Seelenlage der jungen Menschen die Hochschule und die Regierung mit Festigkeit eingreifen."

Die akademische Freiheit setze - so schloss der Minister - eine andere Idee voraus, ohne die sie nicht wäre: "Die Idee der Toleranz". Er rief dann die Rektoren zur Mitarbeit auf, um die Freiheit der Hochschulen und der wissenschaftlichen Arbeit zu wahren. Es müsse verhindert werden, dass die Achtung, die die Hochschulen in der Öffentlichkeit geniessen und ohne die keine öffentliche Institution und kein Privileg bestehen könne, verloren gehe.

SPD. Paris, 2.Dezember (Eig.Drahtb.)

Im Verlauf eines Abschiedsbanketts für den scheidenden französischen Militärattaché in Berlin, General Tournes, soll, wie das "Echo de Paris" berichtet, der Chef der Heeresleitung, General von Hammerstein, einen Trinkspruch gehalten haben, den das Blatt als "recht eigenartig" bezeichnet, den man aber seines gesamten Inhalts wegen nur anerkennen kann.

Der General hat nicht nur der französischen Armee und ihren Führern seine Bewunderung ausgesprochen, sondern sich auch rückhaltlos für die deutsch-französische Verständigung erklärt. Er habe gesagt, so meldet das "Echo de Paris", zwischen den Berufssoldaten müsse unbedingt eine Art "internationaler Kameradschaft" bestehen. Die Berufssoldaten seien die Verteidiger des rein nationalen Standpunktes, sie seien aber auch zuerst bereit, den nationalen Hass nach einem Krieg zu vergessen, denn sie wüssten, dass ihre Gegner genau wie sie selbst ihrer Pflicht gehorcht hätten. So sei auch die Reichswehr durchaus zur Freundschaft mit der französischen Armee bereit, aber dazu sei notwendig, dass beide Armeen vollkommen gleichberechtigt seien. Zwischen einem Unterdrücker und einem Unterdrückten gebe es keine loyale Freundschaft. Auf der Basis der gleichen Rechte und Pflichten aber könne eine unbedingt sichere Freundschaft zwischen Frankreich und Deutschland bestehen.

SPD. Zürich, 2.Dezember (Eig.Drahtb.)

Die Ausweisung Bassanesis aus der Schweiz ist zu einer innerpolitischen Streitfrage ersten Ranges geworden. Niemals seit der berüchtigten "Lex Häberlin", dem Versuch des Bundesrats, die Arbeiterorganisationen durch ein Sozialistengesetz zu knebeln, was kläglich scheiterte, ist die Schweizerische Regierung so sehr in Widerspruch zur Mehrheit des Volkes geraten wie jetzt im Fall Bassanesi. Vor allem demonstriert der Kanton Tessin, der sich mit

Bassanesi durch die Abhaltung des Prozesses in Lugano und durch die Sprachgemeinschaft besonders verbunden fühlt, einmütig gegen den Ausweisungsbeschluss. Zahlreiche bürgerliche Organisationen und Studentenverbände haben sich der grossen Protestbewegung angeschlossen, die durch das ganze Land geht. Inzwischen hat auch die sozialdemokratische Fraktion durch Robert Grimm im Nationalrat einen Antrag einbringen lassen, in dem der Bundesrat aufgefordert wird, den Ausweisungsbeschluss rückgängig zu machen.

Bassanesi selbst hat in einer Mitteilung an die Öffentlichkeit gebeten, von Kundgebungen zu seinen Gunsten abzusehen. Er hat sich am Dienstag nach Brüssel begeben.

SPD. Paris, 2.Dezember (Eig.Drahtb.)

Ministerpräsident Tardieu hat am Dienstag seinen Mehrheitsparteien, auf deren Treue er augenscheinlich ein unbegrenztes Vertrauen setzt, in einem Kommuniqué mitteilen lassen, dass er nicht daran denke, zu demissionieren, denn dies hiesse nichts anderes als kapitulieren.

Inzwischen ist - wie es heisst - die Untersuchungskommission im Oustric-Skandal zu vernichtenden Feststellungen gekommen. Der Vorsitzende der Kommission, der reaktionäre Abg. Marin, scheint auch keineswegs gesonnen zu sein, im Interesse der Regierung irgend welche Vertuschungsmanöver vorzunehmen. So hat die Kommission beschlossen, die Aktien über die Zulassung des ersten Oustric-Wertes an der Pariser Börse, der Aktien der Kunstseidewerke Snia Viscose sofort zu veröffentlichen. Zu allem Unglück für Tardieu kommt hinzu, dass der Unterstaatssekretär für den technischen Unterricht Lilaz am Dienstag wegen einer sehr dunklen Wechselfälschungsaffäre vom Untersuchungsrichter vorgeladen wurde. Ausserdem will man in parlamentarischen Kreisen wissen, dass der Unterstaatssekretär im Kolonialministerium Delmont ebenfalls im Oustric-Krach kompromittiert sei.

SPD. Der Auswärtige Ausschuss des Reichstags, der sich am Dienstag mit den Gewalttätigkeiten gegen die deutsche Minderheit in Polnisch-Oberschlesien beschäftigte, nahm nach längerer Aussprache mit den Stimmen der Sozialdemokratie folgende Entschliessung an:

"Der Auswärtige Ausschuss gibt einmütig seiner Empörung Ausdruck über die Gewaltakte, die in Polen, insbesondere in Polnisch-Oberschlesien, aus Anlass der letzten polnischen Wahlen unter Bruch von Recht und Vertrag gegen die deutsche Minderheit verübt worden sind. Die Entziehungen und die Beschränkungen des Wahlrechts der Deutschen haben diesen die politische Gleichberechtigung geraubt, auf die sie nach den Minderheitsverträgen Anspruch haben. Die Terrorakte, unter denen einzelne Deutsche und ganze deutsche Ansiedlungen zu leiden hatten, haben die Minderheit in ein Gefühl vollkommener Recht- und Schutzlosigkeit versetzt und einen Zustand unerträglicher Bedrückung erzeugt.

Der Auswärtige Ausschuss sieht diese Vorgänge umso ernster an, als sie nu ein Glied in der langen Kette von Vorkommnissen sind, die klar ein auf die Bedrückung, Verdrängung und Vernichtung der Minderheit gerichtetes polnisches System erkennen lassen. Der Ausschuss hält den Beweis für erbracht, dass eine solche offene Bedrückung nur mit stillschweigender Billigung und Ermutigung seitens der polnischen Behörden möglich war. Er muss hierbei an die zahllosen Beschwerden an den Volkerbundsrat erinnern, zu denen die deutsche Minderheit in Polnisch-Oberschlesien dauernd gezwungen gewesen ist. Er verweist ferner auf die früheren Massnahmen der polnischen Regierung gegen den deutschen Grundbesitz in Polen und auf die dem Völkerbundsrat vorliegende Agrarbeschwerde der deutschen Minderheit. Zu allen diesen Tatsachen kommt jetzt der offensichtliche Zusammenhang, der zwischen polnischen Behörden und dem

bei den Terrorakten hauptsächlich beteiligten "Verband der schlesischen Aufständischen" besteht.

Der Auswärtige Ausschuss erwartet von der Reichsregierung, dass sie alle ihr zu Gebote stehenden Mittel benutzt, um zu erreichen, dass Polen gezwungen wird, von diesem Kurse Abstand zu nehmen und der deutschen Minderheit den Genuss derjenigen Rechte zu gewährleisten, die ihr nach den Verträgen zustehen. Er erwartet ferner, dass die schuldigen polnischen Beamten bestraft werden, den geschädigten Minderheitsangehörigen eine angemessene Entschädigung für die erlittene Unbill verschafft und vor allem die Wiederholung solcher empörenden Vorgänge für die Zukunft unmöglich gemacht wird."

Die oppositionelle Mehrheit des Ausschusses beschloss ferner auf Antrag der Nationalsozialisten die Ratifikation des deutsch-polnischen Liquidationsabkommens nicht zu vollziehen und alle Verhandlungen mit Polen zum Abschluss eines Handelsvertrages oder sonstiger Abkommen unverzüglich abzubrechen. Angenommen wurde ferner ein nationalsozialistischer Antrag, die deutsche Vertretung auf der Vorbereitenden Abrüstungskommission sofort zurückzuberufen. Bei einer Abstimmung über einen kommunistischen Antrag auf sofortigen Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund, der abgelehnt wurde, enthielten sich die Nationalsozialisten der Stimme.

Eine praktische Bedeutung kommt den positiven Beschlüssen des Auswärtigen Ausschusses nicht zu, weil die Regierung nicht verpflichtet ist, Beschlüsse des Auswärtigen Ausschusses durchzuführen und eine Mehrheit des Reichstagsplenums diese Beschlüsse im gegebenen Falle jederzeit revidieren würde.

SPD. Chemnitz, 2.Dezember (Eig.Drahtb.)

Im Chemnitzer Strassenbahnerstreik wurde am Dienstag mit Mühe und Not der Verkehr nach einem Notfahrplan aufrecht erhalten. Mit Einbruch der Dunkelheit wurde der Verkehr eingestellt, um Personal und Wagenmaterial vor Exzessen des kommunistischen Pöbels zu schützen.

Die kommunistischen Drahtzieher forderten die Gemeindearbeiter in den Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken am Dienstag in einem Flugblatt auf, in einen Solidaritätsstreik zu treten. In ihrem Appell heisst es u.a.: "Gelingt es dem Chemnitzer Rat gemeinsam mit der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie und der Polizei, den Streik der Strassenbahner abzuwürgen, dann kommt Ihr dran, wie es schon angekündigt worden ist. Schliesst Euch unter Führung der RGO dem Streik der Strassenbahner an." Unterzeichnet ist dieses Hetzflugblatt mit "Ortskomitee der Revolutionären Gewerkschaftsopposition Chemnitz." Die Gemeindearbeiter der städtischen Betriebe leisteten indessen der kommunistischen Parole keine Folge.

Im Laufe des Dienstag kam es wiederholt zu Zusammenstössen zwischen Demonstranten und der Polizei, die von auswärts Verstärkungen erhalten hat. In der Nähe des "Kämpfer", dem Organ der KPD, musste die Polizei mehrmals Zusammenrottungen mit dem Gummiknüppel und aufgepflanzten Seitengewehr auseinandertreiben. Um den Notverkehr unmöglich zu machen, schreckten die Kommunistischen Demonstranten selbst vor Sabotageakten nicht zurück. An einer Stelle wurden auf den Schienen mit Sand beladene Lastwagen umgekippt. An einer anderen Stelle wurden Holzpflöcke in die Schienen getrieben, um den Verkehr zu verhindern. An einer Strassenkreuzung versuchte der kommunistische Janhagel sogar - allerdings vergeblich - einen Strassenbahnwagen umzuwerfen. Verschiedentlich wurden auch fahrende Wagen mit Steinen beworfen. Im Innern der Stadt wurde an einem Platze die Oberleitung der Strassenbahn zerstört. Auch wurden Zäune ausgerissen und auf die Schienen geworfen. Die Polizei nahm verschiedene Verhaftungen vor. Polizeiabteilungen in Streifenwagen und zu Pferde durch-

streiften am Dienstag die Stadt.

Am Dienstag-Nachmittag hat der Chemnitzer Polizeipräsident auf Grund des Artikels 123 der Reichsverfassung mit sofortiger Wirkung bis auf weiteres alle Versammlungen unter freiem Himmel sowie Auf- und Umzüge und Ansammlungen jeder Art für das Stadtgebiet Chemnitz verboten.

Ueber die Vorgänge im Verlauf des Dienstag verbreitet das Polizeipräsidium Chemnitz einen Bericht, in dem es u.a. heisst: "Die Polizei hat mehrfach Ansammlungen zum Teil unter Anwendung des Gummiknüppels zerstreuen müssen. An einigen Stellen der Stadt waren über die Strasse Verkehrshindernisse errichtet worden. U.a. hatte man sich dazu schwerer Kastenwagen, Eisengeräte und zahlreicher grosser Pflastersteine bedient. Es ist jedoch durch die Aufmerksamkeit der in der Stadt verteilten Polizeiposten gelungen, rechtzeitig vor Aufnahme des Strassenbahnbetriebes - teilweise mit Hilfe der Feuerwehr - die Verkehrshindernisse restlos zu beseitigen. Ebenso wurde versucht, den Strassenbahnverkehr dadurch zu gefährden, dass man Sand, Eisenteile und kleine Steine in die Schienen und Weichen legte. Auch diese Gefahr ist rechtzeitig beseitigt worden. Mehrere Strassenbahnwagen, die in den Morgenstunden Arbeitswillige nach den Strassenbahndepots brachten, wurden unterwegs mit Steinen beworfen. Es war jedoch möglich, die Wagen durch polizeiliche Begleitkommandos an ihren Bestimmungsort zu bringen. Bei dem Einschreiten der Polizei sind 24 Personen sistiert worden, die in dem Verdacht stehen, sich an den Sabotageakten beteiligt zu haben."

SPD. Wilhelmshaven, 2.Dez. (Eig.Drahtb.)

Ein höchst merkwürdiges Urteil fällte am Dienstsg das Arbeitsgericht Wilhelmshaven.

Der Heizer und nationalsozialistische Bürgervorsteher Duensing war von der Marinewerft wegen seiner Zugehörigkeit zur nationalsozialistischen Partei entlassen worden. Er klagte deshalb vor dem Arbeitsgericht auf Nachzahlung des Differenzbetrages zwischen seiner Arbeitslosenunterstützung und dem Lohn, den er verdient hätte, wenn die Marinewerft ihn nicht entlassen hätte. Insgesamt waren das 1065 Mark. Vor dem Gericht erklärte der Kläger, sein oberster Parteiführer Adolf Hitler habe im Leipziger Hochverratsprozess einen Eid geleistet, wonach seine Partei keine gewaltsamen Umsturzbestrebungen verfolge. Damit sei der Marinewerft der Entlassungsgrund genommen. Das Gericht entschied, dass die Marinewerft dem Kläger die geforderte Summe nachzuzahlen habe; denn sie habe den Beweis, dass die nationalsozialistische Partei gewaltsam die Staatsform ändern wolle, nicht erbracht. Der Leipziger Hochverratsprozess sei ein Beweis dafür gewesen, dass die nationalsozialistische Partei keinen Putschversuch unternehmen wolle.

Wie sagte Gregor Strasser, der Parteifreund Hitlers? Er breche hundertmal sein Ehrenwort, wenn das im Interesse der Nazi-Bestrebungen liege.

SPD. Rom, 2.Dezember (EiglDrahtb.)

Die italienischen Landarbeiter haben bei der allgemeinen Lohnsenkung die weitaus stärkste Kürzung ihrer an sich schon kärglichen Löhne zu erleiden. Ihre Löhne werden, wie am Dienstag mitgeteilt wurde, zwischen 10 - 25 Prozent gekürzt. Diese einschneidende Lohnsenkung wird mit der besonders ungünstigen Lage der italienischen Landwirtschaft begründet. Die technischen und Verwaltungsbeamten der Güter müssen ab 1.Dezember Kürzungen ihrer Gehälter von acht bis zwölf Prozent in Kauf nehmen. Die Gehälter der Angestellten des Handels werden je nach der Höhe des Gehaltes um fünf bis zehn Prozent gekürzt.

Die Preissenkungen, die am Montag überall eintreten sollten, halten mit

den Lohnsenkungen keineswegs Schritt. Von allen Seiten waren Widerstände der Hausbesitzer und Kaufleute gegen die Preissenkung gemeldet. Vereinzelt schritt die Behörde durch Verhaftung zur Abwehr der Sabotage. Trotzdem lassen die so grosspurig angekündigten Erfolge der Preissenkungsaktion nach wie vor auf sich warten.

SPD. München, 2.Dezember (Eig.Drhtb)

In Kreisen der bayerischen Regierung und der Bayerischen Volkspartei ist man ausserordentlich verstimmt darüber, dass in den Rahmen der neuen Notverordnung auch das Steuervereinheitlichungsgesetz einbezogen wurde. Bayerns Ministerpräsident hat bis zuletzt dagegen Widerstand geleistet, sich aber schliesslich damit zufriedengeben müssen, da einzelne bayerische Wünsche berücksichtigt wurden. Ministerpräsident Dr. Held hat seinen Protest zwar nicht förmlich zurückgezogen, offiziell wird dazu aber erklärt, dass die zwischen der Reichsregierung und der bayerischen Regierung offen gebliebenen Fragen beim weiteren Schicksal der Notverordnung niemals einen Konfliktfall bilden würden.

Im Gegensatz zu dieser Einstellung der bayerischen Regierung erklärt die Bayerische Volkspartei-Korrespondenz, dass für ihre Partei die Haltung im Reichstag noch vollkommen offen sei. Sie schreibt u.a.: "Die Reichsregierung war gewarnt. Sie wusste, dass man in Bayern in diesem Steuervereinheitlichungsgesetz einen Angriff auf die letzten Reste der Steuerhoheit der Länder erblickt Umso befremdeter steht man in Bayern nunmehr der Tatsache gegenüber, dass die Reichsregierung darauf keine Rücksicht genommen hat. Die Bayerische Volkspartei ist damit in eine sehr schwierige und ernste Lage versetzt worden, die im Interesse der grossen Ziele, die die Reichsregierung verfolgt, besser vermieden worden wären. Da es sich bei dem Gesetz um eine mit Eigensinn verfolgte bürokratische Liebhaberei handelt, hinter der ausgesprochen unitaristische und zentralistische Organisationsabsichten stecken, so ist die Bayerische Volkspartei vor ganz schwierige Entscheidungen gestellt, die getroffen werden müssen, wenn in einigen Tagen die Notverordnung der Reichsregierung im Reichstag zur Diskussion steht."

SPD. Die neue Notverordnung des Reichspräsidenten enthält auch eine Neuregelung der Bürgersteuer. Allerdings bildet die Bürgersteuer auch in ihrer neuen Gestalt einen Fremdkörper im deutschen Steuersystem, aber die Änderungen stellen trotzdem beachtenswerte Verbesserungen gegenüber dem bisherigen Zustand dar.

In ihrer ursprünglichen Gestalt - nach der Notverordnung vom 16.Juli - war die Bürgersteuer nichts weiter als eine rohe und brutale Kopfsteuer. Alle Wahlberechtigten sollten denselben Steuersatz von 6 Mark entrichten, ohne Rücksicht darauf, wie hoch ihr Einkommen ist. Der Millionär sollte nicht mehr zahlen als der Arbeiter und nur für die Ärmsten der Armen, die Einkommen unter 1200 Mark, war ein ermässigter Steuersatz von 3 Mark vorgesehen. Jede andere Staffelung aber war ausdrücklich ausgeschlossen.

Nachdem der Reichstag diese Notverordnung aufgehoben, die Regierung den Reichstag aufgelöst und der Reichspräsident seine zweite Notverordnung erlassen hatte, erhielt die Bürgersteuer schon ein etwas anderes Gesicht. Mit Rücksicht auf die Angriffe der Sozialdemokratie und auf die bevorstehenden Wahlen machte die Regierung ein wichtiges Zugeständnis: Statt des Einheitssatzes von 6 Mark wurde eine Staffelung eingeführt, obgleich besonders die Deutsche Volkspartei bis dahin jede Staffelung mit aller Entschiedenheit abgelehnt hatte. Aber diese Staffelung war völlig ungenügend. Der ungelernte Arbeiter mit dem kümmerlichen Einkommen von 1200 Mark musste ebenso 6 Mark Kopfsteuer entrichten wie der hochbezahlte Angestellte mit einem Gehalt von 8000 Mark. Bei einem

Einkommen von z.B. 8100 Mark waren ebenso 12 Mark zu entrichten, wie bei einem Einkommen von 25 000 Mark. Bei den Rieseneinkommen bis zu 100 000 Mark betrug die Kopfsteuer nur 100 Mark, bis zu 500 000 Mark nur 500 Mark und über 500 000 Mark nur 1000 Mark.

Vor allem aber waren die Freibestimmungen ein Hohn auf jede steuerliche Gerechtigkeit. Von der Bürgersteuer waren nur befreit diejenigen Krisenunterstützten, die seit dem 10.September Krisenunterstützung bezogen, und die Fürsorgeempfänger, die seit dem 10.Oktober von der Wohlfahrtspflege unterstützt wurden. Wer also auch nur einen Tag später in die Krisenunterstützung oder in die Wohlfahrtspflege gekommen war, wurde ohne Gnade der Steuerpflicht unterworfen, gleichgültig ob er überhaupt noch das Nötige zum Leben hatte oder nicht. Selbstverständlich sollte auch der Arbeitslose zahlen, der noch das Glück hatte, von der Arbeitslosenversicherung unterstützt zu werden.

Zahlen sollten selbst auch alle diejenigen, die überhaupt kein Einkommen haben, aber aus irgend einem Grunde keine öffentliche Unterstützung beziehen. Steuerpflichtig war also z.B. der Invalidenrentner mit seinen 30 Mark Monatsrente, ebenso der Unfallrentner, der Rentner der Angestelltenversicherung und der Kriegsbeschädigte. Zahlen sollten ebenso die mittellosen Eltern, die von ihren Kindern unterhalten werden, zahlen sollte die Schwester, die von der Unterstützung ihres Bruders lebte. Zahlen sollte aber auch der in der Ausbildung begriffene Sohn oder die Tochter, wenn sie über 20 Jahre alt sind. Und zahlen sollten schliesslich sogar die Soldaten. Obgleich sie kein Wahlrecht haben, sollten sie doch eine Steuer entrichten,deren Hauptzweck die Erziehung der Wahlberechtigten zur Verantwortlichkeit sein sollte!

Gegenüber diesem Zustand bringt die neue Notverordnung wesentliche Verbesserungen, einmal bei der Staffelung und zweitens bei den Freibestimmungen. Nach der neuen Staffelung haben zu zahlen :

Die Einkommen	bis 1200 RM	3	Mark
" "	von 1200 - 4 500 RM	6	"
" "	" 4 500 - 6 000 "	9	"
" "	" 6 000 - 8 000 "	12	"
" "	" 8 000 - 12 000 "	18	"
" "	" 12 000 - 16 000 "	24	"
" "	" 16 000 - 20 000 "	30	"
" "	" 20 000 - 25 000 "	50	"

Die Einkommen bis zu 50 000 zahlen 75 Mark, bis zu 75 000 Mark 150 Mark, bis zu 100 000 Mark 300 Mark, bis zu 250 000 Mark 500 Mark, bis zu 500 000 Mark 1000 Mark und über 500 000 Mark 2000 Mark. Die Steuersätze sind also bei den höheren Einkommen zum Teil mehr als verdoppelt und bei den Einkommengruppen von 20 000 bis 25 000 Mark sogar mehr als vervierfacht. Insbesondere sind bei den Einkommen zwischen 1200 und 8000 Mark zwei Stufen eingeschoben worden.

Noch wichtiger sind die Abänderungen, die die neue Notverordnung bei den Freibestimmungen der Bürgersteuer bringt. Nach der neuen Fassung sind nunmehr nur die Personen steuerpflichtig, die auf eigene Rechnung leben. Steuerfrei sind also jetzt die Eltern, die von ihren Kindern unterhalten werden, die Kinder, die noch von der Unterstützung der Eltern leben, die Schwester, die dem Bruder die Wirtschaft führt usw. Steuerfrei sind ferner auch alle Arbeitslosen, gleichgültig, ob sie Arbeitslosenunterstützung, Krisenunterstützung oder Wohlfahrtsunterstützung beziehen, gleichgültig auch, wie lange sie schon arbeitslos sind. Es kommt nur darauf an, dass sie an den beiden Zahlungstagen, also am 10.Januar und am 10.März, von einer der drei Unterstützungseinrichtungen Unterstützung beziehen.

Von der Bürgersteuer befreit werden ferner alle Sozialrentner, deren gesamtes Einkommen 900 Mark jährlich nicht überschreitet. Damit wird die grosse Masse der Invalidenrentner, der Knappschafts-, Angestellten- und Unfallrentner aus der Bürgersteuer herausgenommen. Steuerfrei sind weiter alle Rentenempfän-

ger der öffentlichen Fürsorge, insbesondere die Kleinrentner. Steuerfrei sind nunmehr auch alle die Kriegsbeschädigten, die Zusatzrente erhalten. Steuerfrei sind schliesslich alle Personen, die vom Wahlrecht ausgeschlossen sind oder für die das Wahlrecht ruht, also vor allem die Soldaten.

Mit dieser Neuregelung sind die schlimmsten Härten beseitigt, die die Bürgersteuer bisher aufwies und zugleich wichtige Zugeständnisse an die sozialdemokratischen Forderungen gemacht. Die Sozialdemokratie hat von Anfang die völlige Aufhebung der Bürgersteuer verlangt und diese Forderung in den Verhandlungen mit den anderen Parteien und mit der Regierung immer von neuem erhoben. Wenn sie schliesslich mit diesem Verlangen nicht durchgedrungen ist, so liegt das nicht an ihr, sondern einzig und allein an den Mehrheitsverhältnissen im Reichstag und nicht zuletzt an dem Widerstand des Reichsrats.

Im Reichstag ist allerdings zusammen mit den Nationalsozialisten und Kommunisten eine Mehrheit für die Aufhebung der Bürgersteuer vorhanden. Allein mit dieser Mehrheit kann man nur einen Beschluss fassen, der auf dem Papier steht. Länder und Gemeinden wollen auf diese Steuerquelle nicht verzichten. Insbesondere der Reichsrat hält die Bürgersteuer als Einnahmequelle für die Gemeinden für unentbehrlich und würde daher gegen jeden Beschluss des Reichstags, der die Bürgersteuer aufhebt, ohne den Gemeinden dafür einen Ersatz zu beschaffen, Einspruch einlegen. Dieser Einspruch könnte dann vom Reichstag nur überwunden werden, wenn sich eine Zweidrittelmehrheit für die Aufhebung der Bürgersteuer findet. Diese Zweidrittelmehrheit ist aber auch zusammen mit allen radikalen Gruppen nicht vorhanden. Sollte daher die Bürgersteuer nicht unverändert aufrechterhalten bleiben, so gab es nur die Möglichkeit, so jetzt zu verbessern und in Zukunft den Kampf um ihre völlige Beseitigung mit mehr Aussicht auf Erfolg weiter zu führen.

SPD. Genf, 2.Dezember (Eig.Drahtb.)

Die Vorbereitende Abrüstungskommission hat am Dienstag zwei deutsche Anträge abgelehnt. Der erste betraf das Verbot der ausgesprochenen Offensivwaffen, der zweite die Empfehlung eines bestimmten Datums an den Völkerbundsrat zur Einberufung der ersten Abrüstungskonferenz.

Ein Antrag Englands auf Begrenzung der jährlichen Ausgaben für Luftrüstungen wurde mit knapper Mehrheit abgelehnt. Darauf begründete Graf Bernstorff den schon früher gestellten Antrag, nach dem schwere Geschütze und Mörser sowie Tanks verboten und zerstört werden sollen. Graf Bernstorff bezog sich auf den Kelloggpakt, der jeden Angriffskrieg verbiete. Diesen Angriffskrieg zu verbieten und zugleich die Angriffswaffen zu erlauben, sei ein Widersinn, den die Völker nicht verstehen könnten. Verbiete man die Angriffswaffen, dann nehme man den Völkern die Unsicherheit und die Angst vor dem Ueberfall des Nachbarn.

Politis-Griechenland trat dem in zynischer Weise entgegen. In seinem zweiten Teil enthalte der Antrag eine direkte Begrenzung von Landkriegsmaterial, was dem angenommenen Prinzip der indirekten Begrenzung widerspreche. Ausserdem glaube er, dass seine praktische Anwendung unmöglich sei, da im Kriegsfalle sich jedes Heer aller ihm zu Gebote stehenden Waffen bedienen würde. Die Völker dürften nicht in den Glauben gewiegt werden, als sei der Krieg nicht mehr so furchtbar. Man dürfe keine illusorischen Hoffnungen erwecken. Die Völker sollten wissen, dass ein neuer Krieg die Zivilisation von Grund auf zerstören werde. Umso stärker werde ihr Druck und die Verantwortung auf den Regierungen lasten. Der Völkerbund versuche, den Krieg an sich zu verhindern. Wenn ihm das nicht gelinge, dann werde auch mit einer scheinbaren Abschaffung der Angriffswaffen nichts erreicht. Die Abstimmung ergab nur die Stimme Deutschlands und Russlands für den Antrag, 10 Staaten stimmten dagegen, 13 enthielten sich der Stimme.

Um den deutschen Vorschlag, die Kommission solle dem Rat vorschlagen, die

erste Abrüstungskonferenz auf den 5.November 1931 einzuberufen, entspann sich eine Debatte von etwa 2 Stunden. Während Italien, Bulgarien und China dafür waren, schlossen sich Frankreich, Tschechoslowakei und Griechenland dem Antrage Englands an, den Rat nur aufzufordern, ein Datum für die Konferenz festzusetzen. Mit 17 gegen 3 Stimmen wurde dieser englische Antrag angenommen, während Deutschlands Zusatz, dass dieses Datum möglichst der 5.November 1931 sein solle, mit grosser Mehrheit abgelehnt wurde.

SPD. Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei wählte am Dienstag den neuen Parteiführer Dr. Dingeldey zu ihrem Fraktionsführer. Zweiter Vorsitzender der volksparteilichen Fraktion ist der Abgeordnete Dauch.

SPD. London, 2.Dezember (Eig.Drahtb.)

Die Delegiertenkonferenz der schottischen Bergarbeiter in Glasgow beschloss am Dienstag die Arbeitsaufnahme zu verweigern und weiter auf der Durchführung des 7½ Szundentages ohne Lohnkürzung zu bestehen. Alle Vermittlungsvorschläge über ein zeitweiliges Kompromiss wurden abgelehnt.

In der am Donnerstag in London zusammentretenden grossen Delegiertenkonferenz des englischen Bergarbeiterverbandes werden die Vertrauensmänner Schottlands den Antrag auf einen allgemeinen Bergarbeiterstreik stellen. Die Lage ist einstweilen völlig ungeklärt. Es ist unter Umständen möglich, dass sich die Kampfbasis, die sich zurzeit nur auf Schottland erstreckt, noch erweitert, da auch jene Bezirke, die bereits den 7½ Stundentag besitzen, auf der Londoner Delegiertenkonferenz für einen allgemeinen Ausstand stimmen werden.

SPD. Paris, 2.Dezember (Eig.Drahtb.)

In einer turbulenten Stadtratssitzung wurde, ein Jahr nach dem Tode Clemenceaus, die Wahl getroffen, wo das Denkmal des Staatsmannes errichtet werde und welche Strasse seinen Namen erhalten soll. Der Plan, den unteren Teil der Champs Elysée in Avenue Clemenceau umzutaufen, ist mit grosser Mehrheit verworfen worden. Man einigte sich schliesslich dahin, einer oberhalb der Ronde Point am Grand Palais gelegenen Erweiterung der Champs Elysés den Namen Platz Clemenceau zu geben und auch dort das Denkmal zu errichten. Das eigentümliche an diesem zukünftigen Platz Clemenceau ist, dass vorläufig noch kein einziges Haus darauf steht.

SPD. New York, 2.Dezember (Eig.Drahtb.)

Präsident Hoover beantragte am Dienstag im Senat einen Kredit von 100 bis 150 Millionen Dollar für Notstandsarbeiten zu bewilligen. Gleichzeitig teilte der Präsident mit, dass das Staatsbudget statt des im Voranschlag angekündigten Ueberschusses von 123 Millionen Dollar ein Defizit von 180 Millionen Dollar aufweist.

SPD. Leipzig, 2.Dezember (Eig.Drahtb.)

Derdritte Zivilsenat des Reichsgerichts hob am Dienstag das Urteil des Kammergerichts in der Klagesache des ehemaligen Putschisten Ehrhardt gegen das Deutsche Reich, das weitere Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen gegen

Ehrhardt durch das Reich verneint hatte, auf und verwies die Sache zur neuen Verhandlung und Entscheidung an die Vorinstanz zurück. In der Urteilsbegründung heisst es, dass weder die spätere Benutzung der Dienste Ehrhardts noch die Unterlassung einer Strafverfolgung noch die Auszahlung von Pensionsgebührnissen an den Genannten für die Fundierung der Auffassung ausreichten, dass es gegen Treu und Glauben verstosse, wenn das Reich jetzt seine Ansprüche an Ehrhardt noch aufrecht erhalte.

SPD. Auf Antrag des Regierungsrats im Reichsamt des Innern, Martin, war dem Ullstein-Verlag in einer einstweiligen Verfügung untersagt worden, den II.Band der Memoiren Bülows ohne Entfernung der Martin betreffenden beleidigenden Stellen weiter zu veräussern. Der von dem Ullstein-Verlag gegen die Verfügung erhobene Einspruch ist nunmehr abgewiesen und das Verbot auf Antrag Martins auf zahlreiche von ihm benannte Sortimentsbuchhandlungen ausgedehnt worden. Die Verletzung des Verbots soll durch eine vom Berliner Landgericht I noch festzusetzende Strafe geahndet werden.

SPD. Breslau, 2.Dezember (Eig.Drahtb.)

Der Regierungspräsident in Oppeln hat für die Provinz Oberschlesien alle Versammlungen unter freiem Himmel und alle Demonstrationen auf öffentlichen Plätzen verboten. Das Verbot ist durch Bestrebungen der Rechts- und Linksradikalen veranlasst, die schwierige Wirtschaftslage Oberschlesiens mit allen Mitteln der Demagogie für sich auszunutzen.

SPD. London, 2.Dezember (Eig.Drahtb.)

Der Arbeiterabgeordnete Baker ist am Dienstag gestorben. Baker vertrat den Wahlkreis Ostbristol. Der Verstorbene, der ein Alter von 55 Jahren erreichte, war langjähriger verdienter Angestellter des Postarbeiterverbandes. Im ersten Labour-Kabinett war er parlamentarischer Unterstaatssekretär für das Postwesen.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Mittwoch-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

SPD. London, 2. Dezbr. (Eig.Drahtb.)

Mit wachsender Entrüstung verfolgt und kommentiert die englische Presse den Moskauer Prozess, der durchweg nur als Komödie bezeichnet wird, die den Blick der unruhigen russischen Volksmassen von den wirtschaftlichen Fehlschlägen der Stalin-Politik ablenken soll. Selbst ein so russlandfreundliches Blatt wie der "Manchester Guardian" bringt seine Entrüstung über das "phantastische und grausame" Gerichtsverfahren zum Ausdruck, das an das Gewissen der Menschen rüttele und das besonders gefährlich sei, weil es im russischen, von jeder Wahrheit abgeschnittenen Volk den Hass gegen das Ausland wecke und damit auch den Frieden bedrohe.

Wenn der "Manchester Guardian" derart schreibt, so erübrigt es sich, den "Daily Telegraph" oder jene Scharfmacherpresse zu erwähnen, die sich noch immer nicht damit abfinden kann, dass eine der ersten Handlungen der englischen Arbeiterregierung die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Sowjetrussland gewesen ist. Unbeirrt von allen Angriffen hat die Arbeiterregierung diese russisch-englische Verständigungspolitik bisher fortgeführt. Wenn aber am Montag abend Aussenminister Henderson im Unterhaus erklären musste, er habe den englischen Botschafter in Moskau beauftragt, gegen die in der Moskauer Anklageschrift erhobenen falschen Beschuldigungen gegen England und seine Regierung zu protestieren, so beweist dies, wie die russischen Diktatoren mit einem Kapital hausen, von dem ihnen der gesunde Menschenverstand sagen müsste, dass es ein kostbares und doppelt und dreifach zu hütendes Gut sein sollte. Jm Gegensatz zu Russland besitzt England eine freie Presse, eine öffentliche Meinung und ein Parlament, denen die Regierung unterworfen ist.

Es lag ursprünglich nicht in der Absicht der Labourregierung, das französische Beispiel nachzuahmen und in Moskau zu protestieren. Wenn das nachträglich dennoch geschehen ist, so war es diese von Moskau so sehr missachtete Demokratie, die die Arbeiterregierung zu ihrem Schritt gezwungen hat und allein daraus sollten die Regisseure der Gerichtskomödie in Moskau erkennen, wie sehr sie sich heute schon ins eigene Fleisch geschnitten haben.

SPD. Darmstadt, 2. Dezbr. (Eig.Drahtb.)

Anlässlich des Wiederzusammentritts des hessischen Landtages am Dienstag hatten die Kommunisten und Nationalsozialisten eine mehrhundertköpfige Menge zum Zwecke einer Demonstration vor das Landtagsgebäude delegiert. Auch die Tribünen des Landtags waren durch radikale Elemente überfüllt. Trotz wiederholter Verwarnungen des Präsidenten störten die Rowdies die Verhandlungen des Landtags durch Zwischenrufe und Händeklatschen. Die Störungen wurden schliesslich so stark, dass die Tribünen auf Anordnung des Präsidenten durch die Polizei geräumt wurden.

Der Landtag beschäftigte sich im Verlauf seiner Beratungen u.a. mit der Winterbeihilfe. Jn den vergangenen Jahren beantragte die sozialdemokratische Fraktion, den Wohlfahrtsempfängern, Erwerbslosen und Kriegsbeschädigten eine Winterbeihilfe zu gewähren. Jn diesem Jahre wurde ein Antrag von der sozialdemokratischen Fraktion nicht eingereicht, da die Regierung von sich aus einen Betrag von 300 000 Mark zur Verfügung stellte. Ausserdem werden aus Landesmitteln für das von der Sozialdemokratie beantragte Arbeitsbeschaffungsprogramm 460 000 Mark zur Zinsverbilligung aufgewendet. Das Land Hessen stellt somit im ganzen einen Betrag von 760 000 Mark zur Linderung der Not der Erwerbslosen, Wohlfahrtsempfänger usw. zur Verfügung. Die weitergehenden Anträge der Rechts- und Linksradikalen werden am Mittwoch von der Mehrheit des Landtages abgelehnt werden.

Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Der Diktator macht Ferien.

SPD. Der Diktator Polens, Pilsudski, hat mitteilen lassen, dass er nach Madeira geht, um dort seine angegriffene Gesundheit wieder herzustellen. Die Erholungsreise wird ihm wenig nützen, die geistige Zerrüttung, die in seinen Äusserungen und Taten zutage tritt, ist weder mit medizinischen Mitteln, noch mit Erholungsreisen zu kurieren.

Es bleibt die Vergnügungsreise. Madeira soll im Winter sehr schön sein. In Polen ist es im Winter und noch dazu in diesem Winter weit weniger schön. Der blutige Terror und die Unterdrückung der Opposition hat bei den Wahlen seine Wirkung getan. Die Opfer Pilsudskis sind aus der Haft in der Festung Brest-Litowsk krank und gebrochen zurückgekehrt. Sie bleiben in diesem Winter in Polen. Sie müssen bleiben. Aber Pilsudski fährt nach Madeira, um sich zu erholen.

Der Winter, dem das polnische Volk entgegensieht, wird nicht weniger hart und drückend sein, voll Not und Elend, als der Winter, der andere Völker erwartet. Die Bedrückten und die Notleidenden - sie können nicht in wärmere Zonen flüchten. Der Diktator aber lässt sein Volk allein, er flüchtet! Dem Volke die Not und die Härte des Winters, dem Diktator die Erholungsreise nach Madeira.

Das ist die Gepflogenheit der Diktatoren. Die russischen Muschiks verrekken zu Hunderttausenden und Millionen durch die Schuld der wahnwitzigen Wirtschaftspolitik der Stalinschen Diktatur. Die Grenzen Russlands sind hermetisch abgesperrt. Niemand kann es wagen, der Hölle von Hunger und Unterdrückung zu entfliehen ausser den Herren Volkskommissaren. Wenn sie ihre Gesundheit angegriffen fühlen, so suchen sie die bekanntesten und elegantesten Kurorte des kapitalistischen Westens auf. Für die Massen die Segnungen der Sowjetdiktatur, für die Diktatoren aber die Segnungen der für die oberen Zehntausend des Westens bestimmten Einrichtungen des kapitalistischen Systems.

Auf solche Weise können die Diktatoren aller Richtungen sehr bequem die Segnungen der eigenen Diktatur aushalten!

Stadtwächterpartei.

Bei den Gemeindewahlen in Bielefeld ist zum ersten Male die sogenannte Stadtwächterpartei auf den Plan getreten. Sie hat fast ebenso viel Stimmen wie die Staatspartei oder wie die Volkskonservativen erhalten. Diese Stadtwächterpartei ist eine Gruppe, die sich um ein ausgesprochenes Revolverblatt zusammengeschlossen hat. Das Treiben der Herausgeber dieses Blattes ist erst vor kurzem in der Öffentlichkeit beleuchtet worden. Es handelt sich um ein Revolverblatt von vorbestraften Subjekten, dessen einziger Daseinszweck die Ausübung von Erpressungen gegenüber jüdischen Geschäftsleuten ist. Die Leute, die einer derartigen Partei ihre Stimme geben, können sie nur aus antisemitischem Hass gegeben haben. Sie hätten ebenso gut nationalsozialistisch wählen können. Beides aber, die Gewinne der Nationalsozialisten, wie das Hervortreten dieser sogenannten Stadtwächterpartei gehen auf ein und dieselbe Wurzel zurück.

Warum auch nicht?

Die Therese von Konnersreuth hat sich aufs Prophezeien verlegt. Sie hat vorausgesagt, dass in den nächsten Tagen ein gewaltiges Erdbeben München zerstören werde und dass am Weihnachtstag die Welt untergehen werde. In Münchener

Spiessbürgerkreisen ist diese Prophezeiung Stadtgespräch, und es gibt nur zuviele, die sie ernst und schon mit Heulen und Zähneklappern den Untergang Münchens und der ganzen Welt erwarten.

Warum sollten sie es aber auch nicht glauben? Wer es Herrn Hitler glaubt, dass er der Erretter Deutschlands aus aller Bedrückung und Not sei, der kann ebenso gut mit demselben Recht glauben, dass zu Weihnachten die Welt untergehen wird!

Ihr Lieblingsbuch.

An der Universität Erlangen treiben die Hakenkreuzler ihr Unwesen. Dreiviertel der Erlanger Studenten hat bei den letzten Studentenwahlen nationalsozialistisch gewählt. Ueber die politische Reife dieser Studenten hat die Universität selbst der staunenden Mitwelt eine kennzeichnende Nachweisung gegeben. Die Universitätsbibliothek hat eine Statistik veröffentlicht, aus der man sieht, welche Bücher von den Studenten am häufigsten entliehen worden sind. Und siehe da, den Rekord schlug nicht etwa Hitlers Selbstbiographie oder irgend ein anderer nationalsozialistischer Schmöker, sondern der gute alte Bekannte Karl May. 343 mal wurde im letzten Sommersemester von den Erlanger Studenten Old Shatterhand von Karl May an der Universitätsbibliothek verlangt.

Das ist also die geistige Nahrung, aus der der Erfolg der Nationalsozialisten an der Universität Erlangen erwächst! Es geht den Hakenkreuzstudenten, die so laut gegen "Novemberverbreche" deklamieren und sich für das Köpferollen begeistern, nicht um Politik, noch weniger um Deutschland, es geht ihnen einfach um das Abenteuer. Hitler ist für sie nichts anderes als ein ins Deutsche übersetzter Old Shatterhand, und sie möchten alle miteinander seine Winnetous sein!

Der neueste Antisemitenschwindel.

Der Hakenkreuzler Julius Streicher, der gewohnheitsmässige Beleidiger und Verleumder, ist vor kurzem aus dem Gefängnis entlassen worden. Er hat sofort eine neue Ritualmordhetze in die Welt gesetzt. In seinem Blatt schreibt er:

"Juden haben gegenüber alten und gebrechlichen und kranken Angehörigen eine eigentümliche Auffassung. Sie scheuen, um sie zu beseitigen, selbst vor einem Morde nicht zurück. Davon weiss der Nichtjude zu erzählen, der die Tätigkeit des sogenannten Drosseljuden kennt. Nach einer alten jüdischen Anschauung dürfen an jüdischen Feiertagen in jüdischen Häusern keine Leichen liegen. Liegt nun irgend ein alter Jude krank danieder und es geht auf einen jüdischen Feiertag zu, und man glaubt, der Kranke würde doch nicht mehr lange leben, so holt man den Drosseljuden. Der macht kurzen Prozess, er hält seinem Klienten den Hals zu und der Kranke ist tot."

Das Blatt, das die Behauptung in die Welt setzt, dass es bei den Juden Berufsmörder gäbe, führt den Titel "Wochenblatt im Kampf um die Wahrheit". Wahrheit und Nationalsozialismus, das sind zwei Dinge, die sich miteinander nicht vertragen.

Eine Gemeinheit.

Im "Berliner Tageblatt" verbreitet sich Prof.Dr.med. Fritz Lotsch, Chefarzt des Krankenhauses Burg b.Magdeburg, über die Folgen eines Kniescheibenbruches. Dabei schreibt er u.a.: "Am besten ist es in diesen Fällen die beschädigte Bandscheibe operativ zu entfernen. Danach pflegt, wenigstens wenn kein Rentenanspruch möglich ist, eine völlige Wiederherstellung der Gebrauchsfähigkeit des Kniegelenks einzutreten." Hier ist die Hetze gegen Unfallverletzte in der schofelsten Form!

Aus aller Welt

Nazis untereinander.

Herr Hölzke fühlt sich ums Gehalt geprellt – Die geheimnisvolle Badereise des Abgeordneten Telschow – Hitler gibt "Aufträge" – Es ist etwas faul im Dritten Reiche.

SPD. Harburg, 2. Dezember (Eig.Ber.)

Vor dem Arbeitsgericht Harburg-Wilhelmsburg begann ein aussergewöhnlich interessanter Prozess, durch den ein eigenartiges Licht auf jene Zustände in der NSDAP geworfen wird, die seit je die am wenigsten belichteten sind: die geschäftlichen. Der bisherige Gaugeschäftsführer der Nazis von Ost-Hannover, Justizsekretär a.D. Hölzke, klagt gegen seinen Chef, den nationalsozialistischen Reichsabgeordneten Telschow auf Zahlung von sechs Monaten Gehalt. Recht erbauliche Dinge kommen bei diesem Hausstreit zur Sprache. Es scheint, dass die Herren vom Dritten Reich Idealismus nur als werbendes Propagandamoment, nicht aber für ihre Lebensführung gepachtet haben.

Hölzke auf dem Holzweg.

Die Helden des Prozesses sehen nicht eben so germanisch aus, wie sie sich der kleine Nazi-Moritz vorstellen mag. Herr Hölzke ist verdächtig schwarz behaart, auch weist die Nase Krümmungen auf, die sie den prominenten Rassenforschern leicht verdächtig machen könnte. Herr Telschow wird durch die niedrige flache Stirn, seine kleinen hinterlistigen Augen und sein rohes Gesicht fast zu einem mongoloiden Typ gestempelt. Als Herr Telschow den Justizsekretär Hölzke anstellte, waren beide miteinander dick befreundet, die Bedingungen der Anstellung infolgedessen ebenso allgemein wie verlockend: freie Wohnung, soziale Abgaben zu Lasten der Geschäftsleitung, Gehalt – das Gehalt sollte sich nach den "Einnahmen" richten, jedenfalls aber hoch sein. Später erhielt Hölzke tatsächlich ganze hundert Mark pro Monat ausgezahlt. Als er rebellieren, d.h. sich um eine andere Stelle umsehen wollte, gelang es Telschow, den Freund zu halten; er beschäftigte ihn schliesslich als herumreisenden Agitator.

Die Verschwörung.

Eines Tages kam Hölzke nach Lehrte, wo er mit den beiden Kreisleitern, Hofbesitzer Pohlmann und Eisenbahnsekretär (!) Hussmann zusammentraf. In dem Zorn, den die Beiden gegen die Gauleitung hegten, erzählten sie allerhand belastende Dinge gegen Herrn Telschow und verrieten dem Hölzke insbesondere, dass Telschow sich über ihn in dem Sinne geäussert habe, dass er "stinkfaul und unbegabt" sei. Hölzke kochte und plauderte aus der Schule. Herr Telschow habe eine sieben-Wochen währende Badereise nach Bayern unternommen, für die er sich 1700 Mark mitgenommen habe; kein Mensch wisse, woher das Geld stamme... Die Kreisleiter überlegten, was zu tun sei. Schliesslich meldeten sie ihren Verdacht dem Gau Ost-Hannover. Telschow musste sich verantworten.

Im Hintergrund der schöne Adolf.

Es fiel Herrn Telschow offenbar nicht ganz leicht, sich aus der Klemme zu ziehen. Er erzählte, dass er garnicht zur Erholung nach Oberbayern gefahren wäre, sondern im Auftrage Hitlers, für den er etwas ausspionieren sollte... Aber als die Sache auf der Führertagung in Harburg noch einmal zur Sprache kam, konnte sich Telschow nicht herausreden. Vor Gericht erklärte er schliesslich, dass die 1700 Mark bayerischer Reisespesen überhaupt gar kein Parteigeld gewesen wären, sondern eigenes!

Im Verlauf der Verhandlung kamen auch die Geldverhältnisse des Gaues Ost-Hannover zur Sprache. Alle anderen Nazigaue haben einen Kassenwart. Herr Tel-

schow dagegen konnte bis heute angeblich keinen finden. Sämtliche Parteigelder laufen bei der Bank und Post auf sein Privatkonto. Merkwürdig, merkwürdig.

Die SA meutert.

Eines Tages brach bei den SA=Trupps des Gaus eine Meuterei aus. Alles wandte sich gegen Herrn Telschow, der sich aber ins Fäustchen lachte, weil er mittlerweile MDR geworden war. Dass inzwischen auch noch eine Unterschlagung in Höhe von 300 Mark durch den SA=Führer von Oelzen bekannt wurde, konnte die Stimmung nicht gerade verbessern. Herr Telschow ist schliesslich auch für die Geschäftsführung von Uelzen verantwortlich. Aber er hatte jetzt genug in eigener Sache zu tun. Er liess, ohne negatives Ergebnis, rasch die eigenen Bücher prüfen. Wie Hölzke vor Gericht behauptet, war das nur eine reine "Gefälligkeitsrevision".

Zwischen Irrenhaus und Kriegerverein.

Inzwischen tobt vor Gericht der Kampf weiter. Einer wirft dem andern Geldgier und Meineidigkeit vor. Zynisch fragt Herr Telschow, wo denn Herr Hölzke während des Krieges gewesen sei. Er habe sich doch da in einem Lazarett herumgetrieben, dann sei er für eine Irrenanstalt reif geworden und beim Abtransport plötzlich verschwunden. Auch seine Justizsekretärstelle in Dessau sei etwas anrüchig. Was wiederum Herrn Hölzke zu allerhand Fragen veranlasst, was das eigentlich für eine Kriegervereinsgeschichte in Buchholz sei und wie sich Herr Telschow in seiner Polizeibeamtenlaufbahn in Hamburg benommen habe. Was den Richter veranlasste mit einer Vertagung den Schleier zuzuziehen....

\+ + +

Potsdamer "Glaubwürdigkeit".

Nachwort zum Frenzelurteil.

SPD. Das Urteil, durch das der Bornimer Amtsvorsteher Frenzel vom Landgericht Potsdam auch in der Berufungsverhandlung wegen der angeblich an seinen Töchtern begangenen Blutschande zu einem Jahr zwei Monaten Zuchthaus verurteilt wird, stösst überall auf äusserst starkes Befremden. So schreibt der Justizfachmann der rechtsstehenden "Deutschen Allgemeinen Zeitung", Justizrat Heilfron: "Ob Frenzels Verurteilung gerechtfertigt ist, – wer will das mit unanfechtbarer Sicherheit sagen? Aussage stand gegen Aussage, Gutachten gegen Gutachten...Im grossen Publikum wird sich vielfach die Meinung nicht verdrängen lassen, dass bei der Zweifelhaftigkeit der Entscheidung der alte, seit dem calculus minervae die Strafrechtspraxis beherrschende Grundsatz hätte zur Anwendung kommen müssen, dass im Zweifel der Angeklagte freizusprechen ist."

\+

Die Urteilsbegründung ist in der Tat mehr als merkwürdig. Unter Berufung auf das Gutachten Kramer, dass Gertrud Frenzel "keine pathologische Lügnerin" sei, erklärt der Gerichtshof, dass sie überhaupt glaubwürdig sei. Nicht jeder Lügner ist pathologisch – zugegeben, aber wenn er nicht pathologisch ist, soll er dann überhaupt nicht lügen können, ist er dann ohne weiteres glaubwürdig? Die Glaubwürdigkeit der Gertrud Frenzel ist eine willkürliche Fiktion des Gerichts. Alle Zeugen, welche gegen Gertrud Frenzel sind, sind für das Gericht unglaubwürdig.

Was Gertrud zu ausgewachsenen Männern gesagt hat, ist aus dem Prozess ausgeschaltet worden. Hier liegt eine Klippe der Rechtssprechung. Wenn Gertrud nach Landgerichtsdirektor Hellwig die ideale Zeugin ist, dann ist es besser, man liquidiere die gesamten Gerichte.

\+

Herr Landgerichtsdirektor Hellwig hat aus der ihm von Professor Kramer übergebenen "Literatur" nichts entnehmen können, was auf den Fall Frenzel passt. Aber hat Herr Hellwig überhaupt noch keine Literatur darüber gesehen, wie sehr gerade in Blutschandefällen gelogen wird und gerade in der für Gertrud typischen Weise gelogen wird? Ist ihm nichts von dem Fall Langanke bekannt und

den andern Fällen, in denen Kinder auf Veranlassung Dritter den Vater der Blutschande bezichtigten? Einem soeben erschienenen Buche von Magnus Hirschfeld und Dr. J.R.Spinner "Geschlecht und Verbrechen" entnehmen wir,dass in Hamborn in einem ähnlichen Falle die Lüge des Mädchens ganz analog, wie beim Fall Langanke erst festgestellt werden konnte,nachdem die Väter ihre Zuchthausstrafen bereits abgesessen hatten. Auch damals erklärte das Gericht die Aussage des Mädchens als glaubwürdig. Später gab das Mädchen zu,dass im Komplott mit der Mutter, von deren Freund sie geschlechtskrank wurde, und diesem selber,den Vater beschuldigt hatte. "Die Pubertätsaussage der Mädchen ist in weit höherem Masse als die der Knaben so gut wie niemals absolut zuverlässig und die Zahl der Männer,die auf Kinderaussagen hin unschuldig verurteilt worden sind,ist Legion."

Die Autoren weisen ferner darauf hin,dass die Bestrafung der Blutschande überhaupt ein überholter Standpunkt,der vor dem Forum der biologischen Wissenschaft unhaltbar geworden und aus vielen Rechten bereits entfernt sei. So aus den Strafrechten von Holland, Belgien,Frankreich,den Schweizerkantonen Genf, Wadt, Neuenburg, ferner Italien, Portugal, Spanien.

+

Die ungeheure Zunahme der Blutschandeprozesse in Deutschland ist also nicht nur ein frappantes Symptom einer psychologischen Unzulänglichkeit der Gerichte und vollkommenes Verkennen der kindlichen Aussagepsychologie. Dass in so kurzer Zeit drei oder noch mehr erphantasierte Blutschandeprozesse zur Behandlung kamen, bei denen es sich so offensichtlich um Falschbeschuldigungen handelte, gibt allen Anlass, im kommenden Strafgesetz mit dem Blutschandebegrif vollkommen aufzuräumen. Die deutschen Gerichte sind heute vollkommen unfähig, einen Blutschandeprozess einwandfrei abzuurteilen,da sie immer und immer wieder auf die Bösartigkeiten Jugendlicher restlos bereinfallen und von den Sachverständigen bewusst nur diejenigen anhören, die möglichst rückschrittlich eingestellt sind.

+ + +

Mietshaus ohne Türen und Fenster. Ein Pariser Hausbesitzer in der Rue Sedeine wünschte sein Mietshaus abzureissen und übersandte den Mietern daher die Kündigung. Die meisten Mieter weigerten sich jedoch mit der Begründung auszuziehen,dass augenblicklich für sie keine andere Wohnung frei sei.Darauf liess der Hauswirt kurzerhand alle Türen und Fenster des Hauses entfernen, um so die unerwünschten Mieter zu vertreiben. Die Mieter machten eine Eingabe an die Polizei, da es ihnen unmöglich sei,bis zur gerichtlichen Entscheidung in solchen Wohnungen zu bleiben.

+ + +

Wandernder Berg. Der Haslacher Berg, der im Süden von Kronach (Bayern) gelegen ist, hat sich in Bewegung gesetzt,sodass die am Bergabhang stehenden Häuser sich in Gefahr befinden. Der Abhang selbst ist fünf Mal weit geborsten.

+ + +

Sonneberger Rathaus zu verkaufen. Die Stadtverwaltung von Sonneberg (Thüringen) bemüht sich um den Verkauf ihres Rathauses - Interessenten haben sich allerdings bis jetzt noch nicht gefunden. Das Motiv des seltsamen Verkaufsversuchs ist in den finanziellen Nöten der Stadt zu suchen,deren Zwangsetat einen Fehlbetrag von 112 ooo Mark aufweist. Die wegen der finanziellen Missverhältnisse angekündigte Erhöhung der städtischen Tarife hat der Sonneberger Innungsausschuss mit der Drohung beantwortet, gegebenenfalls alle Betriebe zu schliessen und das gesamte Arbeitspersonal zu entlassen.

+ + +

Neuer Afrikaflug Mittelholzers. Am Dienstag mittag startete in Zürich der Schweizer Pilot Mittelholzer zu seinem dritten Afrikafluge.Der Auftraggeber des Unternehmens, Mr.Mac Omscher, wird sich in Marseille der Expedition anschliessen.

+ + +

Zum Tode verurteilt. Der 22 Jahre alte Gelegenheitsarbeiter Kurt Adam aus Ludwigshafen, der am Abend des 18. Oktober den Schuhmachermeister Dietrich aus Ludwigshafen ermordet hat, wurde vom Schwurgericht Frankenthal/Pfalz zum Tode verurteilt. Das Todesurteil erfolgte in Uebereinstimmung mit dem Antrage des Oberstaatsanwalts.

+ + +

Grubenexplosion: dreizehn Tote. In der Stadt Latie (Oklahoma USA) ereignete sich in einem Kohlenbergwerk eine Grubengasexplosion. Dreizehn Arbeiter wurden getötet.

+ + +

Anderthalb Meter langer Kopf. Aus Cordova in Alaska wird gemeldet, dass Beamte des amerikanischen Forstschutzes in der Nähe von Valdez auf einer vereisten Insel sehr gut erhaltene Ueberreste eines prähistorischen Tieres gefunden hätten. Das Skelett des Reptils, an welchem noch Fleischstücke hingen, ist acht Meter lang, ohne den Schwanz, der vier Meter lang ist. Die Länge des Kopfes beträgt 1½ Meter. Ausserdem besitzt das Ungetüm zwei Flossen von je einem Meter Länge.

+ + +

Zuchthaus um 29 Mark. Ein Schwindler, der mit einem Mädchen zwei Tage in einem Hotel in Niederzwehren bei Kassel gewohnt hatte und dann verschwand, ohne die fällige Rechnung von 20,10 Mark beglichen zu haben, wurde vom grossen Schöffengericht Kassel zu einem Jahr Zuchthaus verurteilt.

+ + +

Milch für 20 000 Kinder! In der Tschechoslowakei bekommen ab 1. Dezember 20 000 Kinder von Arbeitslosen und Kurzarbeitern drei Monate lang täglich je einen halben Liter Milch. Die Aktion erfolgt auf Anordnung des Staatspräsidenten Masaryk, der für ihre Durchführung zwei Millionen Tschen-Kronen gespendet hat.

+ + +

Neuartiger Blindenschutz. Der Polizeipräfekt von Paris plant eine neue Verordnung, demzufolge alle Blinden verpflichtet sind, auf der Strasse einen weissen Stock zu tragen. Man will auf diese Art für eine grössere Sicherheit der Blinden im Pariser Strassenverkehr sorgen, dem in der letzten Zeit mehrere Blinde zum Opfer gefallen waren, weil sie keine sichtbaren Erkennungszeichen trugen.

+ + +

Bau eines neuen Ozeanriesen. Interessante Einzelheiten über einen neuen Ozeanriesen, den die englische Cunard-Gesellschaft zu erbauen gedenkt, wurden dem englischen Unterhaus mitgeteilt. Die Baukosten werden ungefähr 5 000 000 Pfund betragen. Das Schiff, das in 3½ Jahren fertiggestellt sein soll, wird den grössten Dampfer der Welt, den "Leviathan", noch um 13 000 Tonnen übertreffen.

+ + +

Erben gesucht! In Worcester (England) starb ein gewisser Henry James Johnson, der ein Vermögen von 60 000 Pfund (1 200 000 Mark) hinterliess. Da jedoch kein Testament besteht und auch keine Erben des Riesenvermögens bekannt sind, wird der Staat das Geld so lange in Verwaltung nehmen, bis sich Erben mit berechtigten Ansprüchen gemeldet haben.

Notverordnung und Wirtschaft.

SPD. Neben den bereits bekannten steuerlichen Bestimmungen und den Bestimmungen über Sicherung des Haushalts bringt die Notverordnung vom 1.Dezember 1930 Massnahmen über die Reichs=, Golddiskont= und Rentenbank, die Wohnungswirtschaft und Aenderungen zum Schutze der Landwirtschaft. Soweit die Reichsbank in Frage kommt, handelt es sich um eine Veränderung des Gewinnverteilungsschlüssels zu Gunsten des Reiches; die Bestimmungen über die Rentenbank sehen eine langsamere Liquidierung der Rentenbankscheine vor.

Die Massnahmen zum Schutze der Landwirtschaft sehen u.a. eine Aenderung des Brotgesetzes vor. So muss unter Verwendung von Weizen Brot im Gewicht von mehr als 200 Gramm mindestens 30 % Roggenmehl enthalten. Dieses Roggenmehl darf nur bis höchstens 50 % ausgemahlen sein. Bei Weizenbackwaren ist ein Zusatz von Kartoffelstärkemehl bis zu 10 % ohne Kenntlichmachung erlaubt. Diese Massnahmen wollen die Verwendung des Weizens zu Gunsten des Roggen eindämmen. Es ist vorauszusehen, dass die Erfolge wesentlich anders sein werden, als sie sich der Reichsernährungsminister Schiele, der Vater dieser Bestimmungen, denkt.

Die Verordnung enthält auch eine Bestimmung, wonach in Gast=, Speise= und Schankwirtschaften nur Roggenbrot angeboten, feilgehalten usw. werden darf. Der Unfug, der von allen Seiten bei der Mitropa bereits kritisiert wird, wird hier zur Norm erhoben. Wir können es uns nicht denken, dass eine solche Bestimmung den Konsum von Roggenbrot fördert. Er wird den Verbrauch vielmehr nach der Richtung von Apfelsinen, Bananen usw. abdrängen. Andererseits wird den Länderregierungen aber das Recht gegeben, hinsichtlich dieser Vorschrift Ausnahmen zu zulassen. Das werden z.B. die süddeutschen Länder tun, weil dort der Weizenverbrauch mehr vorherrscht und weil sie Interesse an einem vermehrten Weizenabsatz haben. Der preussischen Regierung wäre im Interesse eines erweiterten Weizenanbaus zu empfehlen, sich frühzeitig damit zu beschäftigen, eine solche Ausnahme auch für Preussen zu gestatten.

Die vorgesehenen Zollerhöhungen erstrecken sich in erster Linie auf Gerste Der Regierung wird die Ermächtigung gegeben, den Futtergerstenzoll, wenn die Wirschaftslage es erfordert, herab= oder heraufzusetzen. Dabei ist zu verlangen, dass die Regierung den Futtergerstenzoll für die Bezieher von Eosinroggen derar ermässigt und den Eosinroggen unter solchen Bedingungen abgibt, dass der Durchschnittspreis für Futtergerste und Eosinroggen pro Tonne höchstens 170 Mark ausmacht. Der Zollsatz für Braugerste soll von 20 auf 25 Mark erhöht werden. Für Kleie (auch gepresste Maiskleie, Maiskurchen, ausschliesslich als Viehfutter verwendbar) erhöht sich der Zollsatz von 7,50 Mark auf 10.-Mark. Hier liegt nicht nur eine Erhöhung des Zollsatzes vor, sondern auch eine Einbeziehung der bisher zollfreien Weizenkleie. Weiter kann nach der Notverordnung die Reichsregierung anordnen, dass die Margarinefabriken bei der Herstellung von Margarine, Talg und Schmalz inländischer Herkunft usw. zu verwenden haben. Die von den einzelnen Margarinefabriken zu verwendenden Mengen werden jemals nach der in einem Kalendervierteljahr hergestellten Margarinemenge errechnet. Die Reichsregierung behält sich allerdings vor zu bestimmen, welche Anforderungen an die Gewinnung, Behandlung, Beschaffenheit, Verpackung und Kennzeichnung des zu verwendenden Talges, Schmalzes usw. zu stellen sind. Dafür bekommt der Reichsernährungsminister aber das Recht, den Geschäftsbetrieb der Margarinefabriken dahin zu

überprüfen, ob die Vorschriften durchgeführt werden. Wer die Bestimmungen vorsätzlich oder fahrlässig verletzt, wird mit einer Strafe von 100 000 Mark belegt. Die in Deutschland gewonnenen Mengen an Talg und Schmalz sind minderwertig. Wenn man die Margarinefabriken zwingt, sie zu verwenden, dann bedeutet das Produktion einer weniger guten Margarine. Man gibt so den Metzgern eine Liebesgabe, ohne dass sich der Viehpreis, worauf die Pläne des Reichsernährungsministers hinzielen, auch nur um einen Pfennig, erhöht. Nach langem Hin und Her ist schon bereits früher eine Vereinbarung zustande gekommen, wonach die Margarinefabriken bestimmte Talg- oder Schmalzmengen übernehmen. So lange sich die Margarinefabriken daran halten, will die Regierung davon absehen, die Fettbestimmung in Kraft treten zu lassen.

Die Bestimmungen zum Schutze der Landwirtschaft enthalten auch Vorschriften zur Verbesserung der Markterhältnisse für deutsche landwirtschaftliche Erzeugnisse. In der vorliegenden Form ist darüber nur zu sagen, dass hier ohne Zweifel wieder mal auf dem Papier standardisiert wird. Diese Bestimmungen der Notverordnung könnten auch die unangenehme Ueberraschung mit sich bringen, dass sie zu einem Verwaltungsprotektionismus missbraucht werden. Die Anordnungen sehen auch den Zusammenschluss von Zuckerfabriken und kartoffelverarbeitenden Betrieben zur Regelung der Erzeugung und des Absatzes durch die Reichsregierung mit Zustimmung des Reichsrats vor. Das bedeutet die Zwangssyndizierung der Kartoffelstärkeindustrie und weiterhin die Kontingentierung in der Zuckerwirtschaft. Die Kontingentierung in der Zuckerwirtschaft hätte aber nur dann einen Sinn, wenn sie zur Vermeidung der Zuckerexportverluste beitrüge und wenn mit ihr eine Heruntersetzung des unerwünscht hohen Zuckerrichtpreises verbunden wäre. Ohne Zweifel wird die Sozialdemokratie entsprechende Anträge stellen.

Hinsichtlich der Förderung und Verbilligung des Kleinwohnungsbaus wird bestimmt, dass die Reichsregierung im Benehmen mit den Ländern für die Zeit bis zum 1.April 1936 festzustellen hat, wieviel Wohnungen in jedem Jahr aus öffentlichen Mitteln zu fördern sind. Weiter sehen die Bestimmungen vor, dass das Wohnungsmangelgesetz am 1.April 1934 und das Reichsmietengesetz und das Gesetz über Mieterschutzund Mieteinigungsämter am 1.April 1936 ausser Kraft zu treten haben. Hier wird eine Einschränkung dahin gemacht, dass bis zu diesem Zeitpunkt "die B Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches über die Miete unter sozialen Gesichtspunkten ausgestaltet werden". Bis zum 1.April 1936 ist also das soziale Mietrecht zu schaffen. Die Entwicklung hängt hier vom künftigen politischen Kräfteverhältniss ab, ausserdem davon, ob es wirklich gelingt, bis dahin Angebot und Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt auszugleichen. Freie Wohnungswirtschaft tritt sofort ein, wo solche Wohnungen frei werden, die nicht mehr unter die öffentliche Bewirtschaftung fallen. Das gilt für Wohnungen in gewissen Kleinstädten und für Grosswohnungen. Tausch soll jedoch nicht als Freiwerden einer Wohnung gelten. Eingeschränkt wird sofort die Berufung auf die gesetzliche Miete, die nach dem bis jetzt geltenden Recht überall dort durch eine Erklärung des Mieters erfolgen kann, wo der Vermieter einen höheren Satz als die gesetzliche Miete nimmt. Eine Berufung auf die gesetzliche Miete ist nicht mehr zulässig, wenn der Mieter dem Vermieter ein günstigeres Angebot gemacht hat als ein anderer Bewerber, wenn der Mieter entsprechende Leistungen übernommen hat und nach Ablauf eines Jahres. Im letzten Fall ist eine Berufung möglich, wenn der Mieter in eine wirtschaftliche Notlage geraten ist. Allerdings sollen dabei die wirtschaftlichen Verhältnisse des Vermieters berücksichtigt werden. Im übrigen wird die Verpflichtung des Vermieters, bei Zwangsräumen einen Ersatzraum zu stellen, gelockert.

Rauhfutternotierungen.

Drahtgepresstes Roggenstroh (Quadratballen).....	RM	0,70 - 0,80
" " Weizenstroh "	RM	0,60 - 0,70
" " Haferstroh "	RM	0,65 - 0,75
" " Gerstenstroh "	RM	0,65 - 0,75
Roggen=Langstroh, 2 Mal mit Stroh gebündelt.....	RM	0,80 - 1,00
Bindfadengepresstes Roggenstroh	RM	0,75 - 0,85
" " Weizenstroh	RM	0,65 - 0,75
Häcksel . . . . . Tendenz still	RM	1,50 - 1.65
Handelsübliches Heu,gesund und trocken.	RM	1,40 - 1,75
Gutes Heu, gesund und trocken	RM	1,85 - 2,35
Tymothee,lose	RM	2,85 - 3,15
Kleeheu, lose	RM	2,60 - 3,00
Mielitz=Heu, lose, rein (Warthe).	RM	1,65 - 1,85
" " " " (Havel)...	RM	1.20 - 1,50
Drahtgepresstes Heu . . . . Tendenz still.	RM	0,40 über Notiz

SPD. Der Kredit der Reichsbank wurde für die Woche zum 29.November 1930 mit der recht hohen Summe von 668,1 Millionen Mark in Anspruch genommen,wodurch sich die gesamte Kapitalsanlage auf 2443 Millionen Mark erhöhte. Die Steigerung für Ende Oktober 1930 machte 641,9 Millionen Mark auf 2744,5 Millionen Mark aus und Ende November 1929 = 596,8 Millionen auf 2667,1 Millionen Mark.Dabei muss man berücksichtigen,dass für Ende November 1930 die Bestände an Reichsschatz=wechseln sich um 97,9 Millionen Mark vermehrt haben und 105,9 Millionen Mark ausmachen,während Ende Oktober 1930 Reichsschatzwechsel nur im Betrage von 23,5 Millionen und Ende November 1929 im Betrage von 41,8 Millionen Mark vorhanden waren. Die Handelswechsel und Schecks zeigen für die letzte Novemberwoche eine Steigerung um 399,9 Millionen auf 2003,1 Millionen Mark gegenüber einer Steige=rung um 362,3 Millionen auf 2300,8 Millionen Mark Ende Oktober 1930. Die Lom=bardbestände erhöhten sich um 170,2 Millionen auf 231,5 Millionen Mark.Ende Ok=tober 1930 wuchsen sie um 256,2 Millionen auf 317,7 Millionen Mark an.

Die Bestände an Gold und deckungsfähigen Devisen haben sich um 15,1 Milli=onen auf 2704,8 Millionen erhöht. Im einzelnen haben die Goldbestände um 65 000 Mark auf 2180 Millionen Mark und die Bestände an deckungsfähigen Devisen um 15 Millionen auf 524,8 Millionen Mark zugenommen.

Die Deckung der Noten durch Gold allein verminderte sich auf 47,4 % gegen 55,1 % in der Vorwoche, diejenige durch Gold und deckungsfähige Devisen auf 58,8 % gegen 68 %.

Buttermarkt.

SPD. Offizielle Feststellung der Berliner Butternotierungskommission vom 2.Dezember: I. 128 Mark, II. 144 Mark, III. 98 Mark je Zentner. Tendenz: flau.

Notverordnung an der Produktenbörse.

(Berliner Getreidebörse vom 2. Dezember)

SPD. Die Hoffnungen, die man an die Notverordnung knüpft, wirkten sich am Dienstag an der Produktenbörse dahin aus, dass der Roggen am Markte der Zeitgeschäfte ungefähr 4 bis 6 Mark gewann. Er büsste indessen im Verlaufe der Börse wieder etwas ein. Auch im Handel mit effektiver Ware waren Preissteigerungen von cirka 3 bis 4 Mark festzustellen, zumal das Angebot sehr klein war. Andererseits herrschte aber auch bei den Käufern eine gewisse Nervosität, die zu starker Zurückhaltung führte, sodass die Umsatztätigkeit verhältnismässig gering war. Am Mehlmarkt war von der Auswirkung der neuen Verordnungen noch nicht viel zu verspüren. Allerdings haben die Mühlen ihre Forderungen für Roggenmehl um etwa 50 Pfennig erhöht; jedoch hielten sich die Käufer sehr zurück und es war schwer, die neuen Forderungen durchzusetzen. Weizenmehl wurde zu unveränderten Preisen angeboten, begegnete aber gleichfalls nur geringer Nachfrage. Auch Gerste blieb von den neugeschaffenen Verhältnissen nicht unberührt. Das Angebot war ausreichend, jedoch wurden sehr hohe Forderungen gestellt, sodass sich auch hier die Käufer schwer zu Abschlüssen entschliessen konnten. Hafer hatte demgegenüber ziemlich ruhige Tendenz. Die Preise waren im wesentlichen unverändert.

	1. Dezember	2. Dezember
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	252 - 253	251 - 252
Roggen	149 - 151	155 - 157
Braugerste	194 - 216	195 - 217
Futter- und Industriegerste	178 - 185	179 - 186
Hafer	137 - 142	138 - 144
Weizenmehl	29,25-37,00	29,25-37,00
Roggenmehl	23,65-26,50	24,25-26,85
Weizenkleie	8,75- 9,25	9,25- 9,65
Roggenkleie	8,50- 8,75	8,75- 9,00

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Dezember 263 (Vortag 264½), März 276½-276 (276 3/4), Mai 287 (285 3/4), Roggen Dezember 177½ - 179 - 177½ (174), März 189½-191-189 (185), Mai 198 - 196 3/4 Brief. Hafer Dezember 153½ (153), März 166-167 (164), Mai 180 bis 179-179½ (175).

Berliner Viehmarkt.

(2. Dezember)

SPD. Infolge reichlichen Angebots gaben die Schweinepreise durchweg nach. Lebhaftes Geschäft konnte sich erst entwickeln, als die Verkäufer ihre Forderungen ermässigten. Auch am Rinder- und Kälbermarkt genügte der Auftrieb, was teilweise zu Preisermässigungen führte. Nur auf dem Hammelmarkt konnten die Preise, da sich das Angebot in Grenzen hielt, anziehen.

Amtliche Notierungen der Direktion für 1 Zentner Lebendgewicht in Mark: Kühe: a) 40-44 (voriger Markt 40-46), b) 30-37 (30-38), c) 26-29 (27-29) d) 20-25 (24-26). Kälber: a) - (-), b) 70-80 (72-80), c) 60-71 (60-70), d) 40-55 (40-55). Schweine: a) (über 300 Pfund) 60 (62), b) (240-300 Pfund) 58-61 (62), c) (200-240 Pfund) 58-61 (60-63), d) (160-200 Pfund) 56-58 (58-60), e) (120-160 Pfund) 53-55 (55-57), f) (unter 120 Pfund) - (-), g) (Sauen) 53 (56).

Gewerkschaftliche Rundschau

"Schluss mit den Lohnsenkungen!"

SPD.Unter dieser Ueberschrift bringt "Der Deutsche", die Tageszeitung der christlichen Gewerkschaften,also ein Organ, das dem Reichsarbeitsminister Stegerwald sehr nahe steht, am Dienstag Abend (Nr.283) einen geradezu sensationellen Alarmruf.Das Blatt übt schärfste Kritik an dem amtlichen Lohndruck. Es weist zunächst auf die vor kurzem in Berlin stattgefundene Tagung des Deutschen Gewerkschaftsbundes hin, auf der der Reichsarbeitsminister erklärte,die Schlichter wären angewiesen, ihre Schiedssprüche nicht so zu fällen, dass dabei ein genereller und schematischer Lohnabbau herauskomme. Diese Anweisung - so erklärt der "Deutsche" - ist anscheinend den Schlichtern überhaupt nicht durchgegeben worden. Nach wie vor hagele es schematische Schiedssprüche, die einen Lohnabbau vorsehen. Dagegen gebe es Schiedssprüche mit Lohnerhöhungen überhaupt nicht und ebenso wenig sehe man irgendwo einen Schiedsspruch, der vorerst alles beim alten lasse.

Das führende christliche Tagesorgan beleuchtet in seiner Kritik an der Lohnabbaupolitik des Kabinetts Brüning das Missverhältnis zwischen den Lohnsenkungen auf der einen Seite und dem Preisabbau und der gesteigerten Arbeitsleistung auf der andern Seite. Es erinnert alsdann daran, dass doch dem Reichsarbeitsministerium in besonderem Mass der Schutz der menschlichen Arbeitskraft anvertraut ist, und fährt hierauf in seiner Kritik wörtlich fort:"Mit Fug und Recht muss deshalb gerade von ihm erwartet werden, dass der heutige Kurs baldmöglichst eine Wendung erfährt. Insbesondere aber darf die Arbeiterschaft erwarten, dass die Periode des amtlichen Lohndrucks bald ein Ende nimmt. Die Untergrabung der Gesundheit und des Lebensglücks des Arbeiters findet nach den bisherigen Erfahrungen im staatlichen Schlichtungswesen die beste Hilfe. Leider kommen auch aus dem Reichsarbeitsministerium selbst Nachrichten, die keineswegs erkennen lassen, dass man sich hier von der notwendigen Einsicht leiten lässt." Den Beweis dafür sieht "Der Deutsche" in der Aufhebung der Allgemeinverbindlichkeit des Tarifvertrags für den Kartoffelgrosshandel. Nach seiner Auffassung bringt dieser Schritt des Reichsarbeitsministers nur den Händlern Vorteile. Den Konsumenten und auch vielen Arbeitern, die mit ihrem Lohneinkommen unter den Lohnsätzen der Berliner Kartoffelsackträger liegen, versuche man die Sache mit dem Hinweis auf eine zu erwartende Kartoffelpreissenkung schmackhaft zu machen. Tatsächlich würden jedoch die Löhne der Sackträger zu Gunstender Händler gesenkt. Wenn ein Sackträger z.B. täglich nur 15 Zentner Kartoffeln auf dem Bahnhof vom Waggon in den Wagen bringe und vom Wagen in den Laden des Kleinhändlers, dann ergebe eine 10%ige Lohnsenkung (gleich 8,50 Mark) pro Pfund Kartoffeln eine Minderbelastung von 0,095 Pfennig. Da aber die erhoffte Lohnsenkung dieses Ausmass nicht erreiche und die tägliche Arbeitsleistung höher liege, sei anzunehmen, dass die Ersparnis noch wesentlich geringer sein werde.Da im Kleinhandel nicht mit Zehntelpfennigen gegenüber den Käufern gerechnet werde, hätten die Verbraucher von der Lohnsenkung der Kartoffelsackträger garnichts zu erwarten.

Die Berliner christliche Gewerkschaftszeitung schliesst ihre Kritik mit der Feststellung, dass das, was der Reichsarbeitsminister auf tariflichem Gebiet beginne, schon längst Uebung der Reichsregierung gegenüber den Preiskartellen hätte sein müssen. Darauf warte das deutsche Volk jedoch vergeblich.

Hoffentlich bekomme der Reichswirtschaftsminister endlich den Mut dazu, nachdem ihm - so betont "Der Deutsche" mit Sarkasmus - der Reichsarbeitsminister "mit wirklich sehr viel Mut" dem Beispiel vorangegangen sei. -

Der Verzweiflungsruf aus dem Lager der Christen:"Schluss mit den Lohnsenkungen" beleuchtet blitzartig die Situation - eine schauderhafte Situation. Wird auch der Notschrei der Christen bei der Regierung Brüning auf taube Ohren stossen? Wir fürchten: Ja.

SPD.An der Wasserkante sind für rund 40 000 Arbeitskräfte des Transport- und Verkehrsgewerbes die Tarife gekündigt worden.In Hamburg allein werden von der Kündigung 3130 Betriebe mit 25 500 Beschäftigten betroffen. Gekündigt sind neben den Tarifen der Hafenarbeiter auch die des Fuhrgewerbes, des Möbeltransports, des Grosshandels und des Kraftdroschkengewerbes.

+

Die Nachverhandlungen über den Schiedsspruch für die Rheinschiffahrt finden am Mittwoch im Reichsarbeitsministerium statt.

Die Rheinreeder setzen Himmel und Hölle gegen diesen Schiedsspruch in Bewegung. Sie erklären sie hätten erwarten dürfen, dass der Spruch wenigstens in zwei Etappen - zur Hälfte sofort und zur andern Hälfte im Frühjahr - die Differenz zwischen den deutschen und holländischen Rheinschiffahrtslöhnen abbaue. Die Rheinschiffahrt habe genug Opfer gebracht. Wenn die deutsche Flagge auf dem Rhein nicht völlig verschwinden solle, dann müssten die Schlichtungsinstanzen auf sie Rücksicht nehmen. Wie berechtigt die Lohnabbauforderungen seien, zeige das Verhalten des Personals. Es sei mit dem vorgeschlagenen Lohnabbau einverstanden gewesen. Uebrigens seien auch in Belgien im Oktober die Schiffahrtslöhne um 10% gesenkt worden, obwohl sie dort tiefer stünden als in Deutschland.

In diesem Lamento steckt reichlich viel Unehrlichkeit. Das Schiffspersonal hat sich im allgemeinen nur unter Vorbehalt bereit erklärt, die Arbeit fortzusetzen. Es wollte vorerst das Ergebnis der Schlichtungsverhandlungen abwarten. Wenn einzelne Angestellte die ihnen vorgelegten Reverse ohne Vorbehalt unterzeichneten, dann haben auch sie sich dadurch keineswegs mit den Forderungen der Unternehmer abgefunden. Sie haben, wie in den Verhandlungen des Rheinschiffahrtspersonals wiederholt zum Ausdruck kam, nur unter dem Druck der Kündigungsandrohung einstweilen nachgegeben und die Parole der Organisation abgewartet.

In Belgien sind die Löhne des Rheinschiffahrtspersonals bis jetzt nicht gesenkt worden. Wohl wurde im Oktober eine solche Senkung angedroht, allein bis jetzt ist sie nicht durchgeführt worden.

Das Schiffahrtspersonal hat volles Verständnis für die schlechte Lage der Rheinschiffahrt. Es sieht ja mit eigenen Augen, wie viel Schiffe ohne Arbeit in den Häfen liegen. Allein es wehrt sich - und das mit Recht - gegen die Zumutung, sich eine noch weit über den Rahmen der Wirtschaftskrise hinausgehende Lohnkürzung aufbürden zu lassen. Wenn man die Rheinreeder gehen liesse, forderten sie einen Lohnabbau von über 30%. Der allgemeine Lohnabbau ist wirklich bereits schlimm genug.

SPD.Auf einer Konferenz der Geschäftsstellenvertreter des Bergarbeiterverbandes, die am Dienstag in Bochum stattfand, wurde die Verbindlichkeitserklärung des Arbeitszeitschiedsspruchs für den Ruhrbergbau als "Gewaltfriede zu Lasten der Bergarbeiter" charakterisiert. Einmütig wurde betont, dass die Verbindlichkeitserklärung unter der Bergarbeiterschaft grosse Empörung ausgelöst habe. Die aktiven Bergarbeiter, die unter dem mörderischen Arbeitstempo

stöhnten, und die arbeitslosen Bergarbeiter, die sich nach Arbeit sehnten, seien bitter enttäuscht worden.

In der Stellungnahme zur Lohnfrage wurde auf der Konferenz zum Ausdruck gebracht, dass ein Hinübertragen der allgemeinen Lohnabbauoffensive des Unternehmertums auf den Ruhrbergbau zu den schwersten Unruhen führen müsse. Obwohl die Bergarbeiter anerkanntermassen schwerste und gefahrvollste Berufsarbeit verrichteten, ständen ihre Tariflöhne weit hunter denen vieler anderer Berufsgruppen zurück. Durch die Feierschichten der letzten 10 Monate hätten sie bereits eine Lohneinbusse von 78,5 Millionen Mark hinnehmen müssen. So lange ein fühlbarer Preisabbau nicht eingetreten sei, würden sich daher die Ruhrbergleute mit aller Kraft einer Lohnsenkung widersetzen. Wenn die Reichsregierung in der Lohnfrage den Unternehmern ebenso entgegenkommen wolle wie in der Arbeitszeitfrage, dann müssten die Bergarbeitervertreter jegliche Verantwortung für das, was komme, ablehnen.

SPD. Bei der Betriebsratswahl in der Berliner Zentrale der Dresdner Bank erzielte der Allgemeine Verband der deutschen Bankangestellten einen grossen Erfolg. Obwohl die Zahl der Wahlberechtigten infolge des Personalabbaus gegenüber dem Vorjahr von 3017 auf 2880 gesunken war, vermochte der Allgemeine Verband seine Stimmenzahl um 67 auf 1210 zu steigern, während der Deutsche Beamtenverein nur 518 Stimmen erhielt, d.h. einen Verlust von 96 Stimmen erlitt. Der Deutsche Bankbeamtenverein verlor im Betriebsrat und im Angestelltenrat je einen Sitz, die der freigewerkschaftliche Allgemeine Verband gewann. Die Sitzverteilung im Betriebsrat ist folgende: Allgemeiner Verband 10 Sitze, Deutscher Bankbeamtenverein 2, Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband 2 und Oberbeamtenvereinigung 1 Sitz.

Damit ist die ausschlaggebende Bedeutung der freigewerkschaftlichen Organisation im Betrieb der Dresdner Bank erneut klargestellt. Der Parole der kommunistischen RGO, ungültige Zettel abzugeben, haben ganze 8 - in Worten: acht! - Bankangestellte Folge geleistet.

\+ + +

In dem Tarifstreit der Bankangestellten hat der Reichsarbeitsminister den Professor Dr. Brahn als Sonderschlichter bestellt. Die Verhandlungen finden am 10. Dezember statt.

SPD. Der Arbeitgeberverband im Kölner Einzelhandel hat das Gehaltsabkommen zum 31. Dezember gekündigt. Der Arbeitgeberverband für die Blechindustrie in Köln hat das Lohnabkommen zum 31. Dezember gekündigt.

SPD. Bei den Mauser-Werken in Oberndorf (Württemberg) werden im Dezember weitere Entlassungen erfolgen. Der Betrieb soll nur noch an vier Tagen in der Woche arbeiten.

SPD. In der Uhrenindustrie des Schwarzwaldes ist von den Arbeitgebern das Lohnabkommen zu Ende des Jahres gekündigt worden. Der Arbeitgeberverband fordert eine Lohnkürzung, die mehr als 8 Pfennig pro Stunde ausmacht.